

Holzarbeiter-Zeitung

Organ des Deutschen Holzarbeiter-Verbandes.

Erscheint wöchentlich am Sonnabend.
Abonnementpreis M. 1,50 pro Vierteljahr. Zu beziehen durch
alle Postanstalten. Für Verbandsmitglieder unentgeltlich.

Verantwortlich für die Redaktion: W. Kapfer, Berlin.
Für die Expedition und den Einzelverkauf: Eduard Steinbrenner, Berlin.
Redaktion und Expedition: Berlin C. 2, Neue Friedrichstr. 2.

Insertate für die viergespaltene Westseite oder deren Raum 3) Pfg.
Veranlagungsanzeigen und Arbeitsvermittlungen 30 Pfg.
Veranlagungsanzeigen 15 Pfg.

Erhebungen über die Musikinstrumentenindustrie.

1. Umfang und Sitz der Industrie.

Die Zentralkommission der Musikinstrumentenarbeiter hat Ende 1911 eine Umfrage veranstaltet, die im wesentlichen die Arbeitszahl und das Organisationsverhältnis in den Branchen der Musikinstrumentenindustrie ermitteln sollte. Bevor wir auf diese Ergebnisse eingehen, geben wir aus der amtlichen Betriebsstatistik vom Juni 1907 die Ziffern über den tatsächlichen Umfang der Industrie wieder:

Fabrikation von	Zahl der Betriebe		Zahl d. Betr. mit ... Beschäftigten							
	Be- trieblich independente	Einzel- betriebe	2 bis 5	6 bis 20	21 bis 50	51 bis 100	101 bis 200	über 200		
Pianos, Orgeln, Harmoniums, Orchestrions	1691	26828	28888	828	309	257	106	70	20	24
Geigen	1294	2251	861	889	439	18	8	1	—	—
Automatische Musikwerke	180	4487	8687	53	47	40	16	12	0	0
Harmonikas	1606	7077	5026	1181	819	82	49	16	6	2
Sonstige Musik- werke	1916	6224	3883	1089	678	168	81	9	1	—
Zusammen	6876	46847	36740	3845	1781	560	265	114	89	32

Unter der Rubrik „Sonstige Musikwerke“ ist hier neben der Fabrikation von Zithern, Gitarren, Solopfeifen usw. auch diejenige von Wechlinstrumenten, Drahtsaiten, Metallpfeifen usw. zusammengefasst. Die hier Beschäftigten sind also nur zum Teil für den Holzarbeiterverband organisationsfähig.

Wie die Aufstellung zeigt, sind in unserer Industrie neben einer Anzahl Großbetriebe mit mehreren hundert Beschäftigten auch die allergeringsten Zwergebetriebe in großer Zahl vorhanden. Mehr als die Hälfte aller Betriebe sind Kleinbetriebe, d. h. solche, in denen der Inhaber ohne jede Hilfskraft arbeitet; in rund 85 Proz. aller Betriebe geht die Zahl der Beschäftigten, einschließlich der Unternehmer, der Lehrlinge usw., nicht über 5 hinaus. Das rührt daher, daß in einigen Branchen die Heimindustrie eine weite Verbreitung hat. In einem besonderen Auszug hat die amtliche Statistik darüber folgendes ermittelt:

Heimarbeit in der Musikinstrumentenindustrie.

Fabrikation von	Zahl der Betriebe		Von den Beschäftigten sind			
	Be- trieblich independente	Einzel- betriebe	Betriebs- leiter	instituti- onell ange- hörige	Selbst- ständige	darunter weibliche
Pianos, Orgeln usw.	80	85	85	—	2	48
Geigen	826	1888	802	4	89	420
Harmonikas	1891	1900	1870	20	134	418
Sonstige Musikwerke	1052	2068	1080	15	90	080
Zusammen	3805	5451	4806	48	262	1842

Demnach fällt rund die Hälfte der gesamten Betriebe in das Gebiet der Heimindustrie, von dem insgesamt Beschäftigte jedoch nur 11,6 Proz. Die Fabrikation von Klavieren, Orgeln usw., wozu auch die Anfertigung der Mechaniken, Klaviaturen und sonstiger Bestandteile gerechnet ist, ist nahezu frei vom Heimarbeit. Dagegen gehören in Geigenbau 60,4 Proz. der Betriebe und 69,4 Proz. der Beschäftigten, in der Harmonikafabrikation 87,0 Proz. der Betriebe und 27,7 Proz. der Beschäftigten, in der Industrie sonstiger Musikwerke 50,2 Prozent der Betriebe und 19,8 Proz. der Beschäftigten zur Heimindustrie.

Die Pianoforteindustrie erstreckt sich über eine große Zahl von Betrieben in allen Teilen des Reichs, doch bestehen einige Industriezentren, die einen wesentlichen Teil des Gesamtgewerbes in sich vereinigen. Die Hauptorte sind nach der amtlichen Statistik (einschließlich der Zubehörfabrikation):

Berlin	207 Betriebe mit	5088 Beschäftigten
Leipzig	56	2941
Stuttgart	47	1134
Dresden	68	947
Hamburg	61	718

Zusammen 407 Betriebe mit 11708 Beschäftigten
Diese 6 Orte umfassen 43,6 Proz. aller in der gesamten Industrie beschäftigten Personen. Außerdem gibt es noch

einzelne größere Betriebe (mit je über 100 Beschäftigten) in Bayreuth, Braunschweig, Koblenz, Ebersbach, Glienburg, Eisenberg, Gera, Gotha, Halle, Meining, Söbaw, Rudenwalde, Meissen, Schmeln, Schwerin, Weimar und Zeitz. Eine größere Anzahl von Betrieben mittleren und kleineren Umfangs ist vorhanden in Eisenberg, Heilbronn, Meining und Zeitz.

Die Anfertigung der Pianomechaniken ist in der Hauptsache ein vom Mutterberuf abgetrennter, selbständiger Gewerbezweig, der nur in wenigen Orten anzutreffen ist. Da die amtliche Statistik eine Spezialisierung der Zubehörfabrikation nicht vorgenommen hat, legen wir hier, wie auch im folgenden, die Ergebnisse der Umfrage der Zentralkommission zugrunde. Danach bestehen in

Berlin	8 Betriebe mit	2020 Beschäftigten
Leipzig	8	447
Stuttgart	8	808
Zeitz	1 Betrieb	55
Meining	1	86

Zusammen 16 Betriebe mit 2872 Beschäftigten
Dazu kommt noch in Stuttgart ein Betrieb mit 18 Beschäftigten, in dem ausschließlich Hammerköpfe hergestellt werden. Wie die Aufstellung erkennen läßt, ist die Mechanikfabrikation vorwiegend Großindustrie; von den 16 Betrieben sind 7 mit weniger als 100, davon nur 2 mit unter 50 Beschäftigten. In den übrigen Betrieben sind beschäftigt je

Berlin	8 Betriebe mit	814 Beschäftigten
Wormen	8	240
Langenberg	2	207
Stuttgart	8	108
Mudolstadt	4	102

Außerdem wurden noch einzelne Betriebe ermittelt in Dresden, Eisenberg, Riechheim u. L., Leipzig, Meining, Zeitz und Zuffenhausen. Die Klaviaturenbetriebe sind meistens nur von geringerer Größe. Die größten Betriebe sind je einer in Langenberg mit 185 und in Wormen mit 185 Personen; von den übrigen haben 7 unter 10, 10 von 11 bis 20, 8 von 21 bis 50 und 5 von 51 bis 100 Beschäftigte.

Als Spezialität werden in einigen Betrieben Piano-Bestandteile hergestellt; durch die Umfrage wurden solche Betriebe ermittelt in Dresden 1 mit 28, Leipzig 1 mit 19 und Straußberg 1 mit 80 Beschäftigten. In der Hauptsache aber konzentriert sich dieser Industriezweig in Zeitz, wo nicht weniger als 16 solcher Betriebe festgestellt wurden. Davon haben allerdings nur 8 einen größeren Umfang, und zwar je 55, 61 und 100 Beschäftigte; von den übrigen beschäftigten 9 bis zu 5, 8 von 7 bis 10 und einer 20 Personen.

Für die Anfertigung von elektrischen und Selbstspielklavieren, Orchestrions usw. kommen vornehmlich in Betracht: Leipzig mit 6 Betrieben und 1022 Beschäftigten, Berlin mit 5 Betrieben und 250 Beschäftigten, Freiburg i. N. mit 1 Betrieb und 240 Beschäftigten und Zeulenroda mit 1 Betrieb und 80 Beschäftigten. Der größte Betrieb dieser Art, derjenige von Gupfeld u. G. in Leipzig mit 768 Beschäftigten ist auch gleichzeitig der größte in der gesamten Musikinstrumentenindustrie. Außer den hier genannten Betrieben gibt es noch Klavierfabriken, die nebenher auch Orchestrions anfertigen oder Selbstspielapparate einbauen; für letzteres kommt hauptsächlich die Firma Steid-Gotha in Betracht.

Die Fabrikation von Orgeln und Harmonium ist nicht auf bestimmte Bezirke lokalisiert. In der Umfrage sind 18 Orte mit je einem Betrieb beteiligt, nur aus Söbawitz wird von 2 Betrieben mit zusammen 33 u. b. aus Leipzig von 4 Betrieben mit zusammen 320 Beschäftigten berichtet. Ueber 100 Personen beschäftigt sind nur in je einem Betrieb in Verdau (160), Ludwigsburg (150) und Leipzig (120). Betriebe mit je über 50 Beschäftigten gibt es außerdem noch in Leipzig drei und je einen in Frankfurt an der Oder, Hannover und Ulm.

Der Geigenbau ist nahezu ganz auf einem verhältnismäßig eng umgrenzten Bezirk des sächsischen Vogtlandes konzentriert. Von insgesamt 1294 Betrieben dieser Branche mit 2251 Beschäftigten Personen bei der Berufsstatistik 1907 entfielen nicht weniger als 1092 Betriebe mit 1867 Beschäftigten auf die beiden Amtshauptmannschaften Auerbach und Oelsnitz. Die Hauptindustrie liegt in Marktneukirchen und Umgebung, außerdem kommt noch das benachbarte Klingenthal in Betracht. Hart an der Grenze des böhmischen Landes liegt diese Geigenindustrie, die jenseits der Grenzpfähle ihre Ausläufer hat. Dort werden

vornehmlich die Bestandteile angefertigt, während die sächsischen Geigenbauer in der Hauptsache den Zusammenbau und das Fertigmachen betreiben. Wie schon erwähnt, wird der Geigenbau noch zum überwiegenden Teil in Heimarbeit betrieben. Nicht als ob die maschinelle Großindustrie aus technischen Gründen hier keinen Platz fände, im Gegenteil, aber die sprichwörtliche Hungerkunst der vogtländischen Heimarbeiter, die unerhört billige Frauen- und Kinderarbeit lassen zunächst noch die Anwendung der Maschine als überflüssig erscheinen. Die amtliche Statistik hat insgesamt nur 4 Betriebe mit über 20 Beschäftigten, darunter nur einen mit mehr als 50, nämlich 78, ermittelt. Durch die Umfrage der Zentralkommission wurde nur ein größerer Betrieb mit 94 Beschäftigten festgestellt, und zwar in Marktneukirchen. Außerdem sind bei der Umfrage noch 3 Betriebe mit zusammen 88 Beschäftigten in Klingenthal und 1 Betrieb mit 5 Beschäftigten in Dresden beteiligt. Doch werden in diesem letzteren nur Mandolinen und Gitarren, in den Klingenthaler Betrieben Darmflöten und in dem großen Marktneukirchner Unternehmen vorwiegend Bestandteile angefertigt, so daß es sich hier nicht um eigentliche Geigenbaubetriebe handelt. Das Gros der Heimarbeiter ist leider für die Organisationsbestrebungen und für die Beteiligung an Statistiken noch nicht zu haben.

In den gleichen Bezirken wie der Geigenbau hat auch die Zitherrfabrikation ihr Domizil. Die amtliche Statistik bringt über deren Umfang spezialisierte Angaben leider nicht. An der Umfrage der Zentralkommission sind beteiligt: 1 Betrieb mit 51 Beschäftigten in Dresden, 6 Betriebe mit zusammen 70 Beschäftigten in Klingenthal, 1 Betrieb mit 31 Beschäftigten in Berlin und 1 Betrieb mit 12 Beschäftigten in Marktneukirchen. In welchem Verhältnis diese erfaßten Betriebe zum tatsächlichen Umfang der Industrie stehen und welcher Anteil auf die Heimarbeit entfällt, das zu beurteilen, fehlen durch den Mangel amtlicher Zahlen sichere Unterlagen.

Das sächsische Vogtland, und zwar Klingenthal und Umgebung, ist auch die Wiege der Zith- und Mundharmonikafabrikation. Von hier ausgehend haben sich aber noch einige weitere Zentren für diese Branche gebildet, wie Altenburg, Gera und für die Mundharmonikamacherei insbesondere in Württemberg. Die amtliche Statistik gibt für 1907 folgende Ziffern an: Amtshauptmannschaft Auerbach (Klingenthal) 1868 Betriebe mit 2018 Beschäftigten, Oberämter Tuttlingen, Mottweil, Spaichingen (Trossingen und Umgebung) 66 Betriebe mit 2418 Beschäftigten; im ganzen übrigen Deutschland gibt es außerdem nur noch 947 Betriebe mit 1746 Beschäftigten, so daß insgesamt 1781 Betriebe und 7077 Beschäftigte gezählt wurden. Hier von rechnet die amtliche Statistik 1891 Betriebe und 1960 Beschäftigte als der Heimarbeit zugehörig; diese entfällt zum überwiegenden Teil auf das vogtländische Gebiet; in Altenburg und Gera ist Heimindustrie fast gar nicht anzutreffen, und in den württembergischen Orten im Verhältnis zu den dortigen Großbetrieben (bis zu 500 Beschäftigten) nur in sehr bescheidenem Umfang. Bei der Umfrage der Zentralkommission sind erfaßt worden in Altenburg 9 Betriebe mit 244 Beschäftigten, Gera 5 Betriebe mit 251 Beschäftigten, Johanneisgerststadt 2 Betriebe mit 80 Beschäftigten, Klingenthal 31 Betriebe mit 857 Beschäftigten, Langenberg und Leipzig-Gohlis je ein Betrieb mit 55 bzw. 31 Beschäftigten und Trossingen 3 Betriebe mit 950 Beschäftigten. Insgesamt 52 Betriebe mit 2418 darin beschäftigten Personen.

Die Unfallversicherung im Jahre 1910.

Nach der vom Reichsversicherungsamt veröffentlichten Uebersicht bestanden im Jahre 1910 zur Durchführung der reichsgesetzlichen Unfallversicherung 68 gewerbliche Berufs-genossenschaften mit durchschnittlich 9381 878 versicherten Personen und 48 landwirtschaftliche Berufs-genossenschaften mit durchschnittlich 17 179 000 versicherten Personen. Dazu kommen bei 210 staatlichen und 336 Provinzial- und Kommunal-Ausführungsbehörden 992 694 durchschnittlich versicherte Personen. Die Gesamtzahl der gegen Unfall versicherten Personen ergibt sich aber nicht durch die Addition dieser Ziffern, sie ist überhaupt nicht genau festzustellen. Die Zahl der dem landwirtschaftlichen Berufs-genossenschaften unterstehenden Personen beruht nämlich auf Schätzung, und überdies sind etwa 3,4 Millionen Personen, die gleichzeitig in gewerblichen und landwirtschaftlichen Betrieben beschäftigt sind, doppelt gezählt.

Die 114 Berufs-genossenschaften haben im Jahre 1910 214 884 208 M. (im Jahre 1900: 208 678 500 M.) ein-

genommen und 204 478 851 M. (187 799 548 M.) ausgegeben. Von den Ausgaben entfallen 147 001 485 M. (146 802 256 M.) auf Entschädigungen. Auf Kosten der Hilfsorgane für Verletzte innerhalb der gesetzlichen Wartezeit kommen 1 085 124 M. (921 129 M.). Auf Unfallunterstützungen und Bestreitung der Entschädigung 5 495 116 M. (5 895 780 M.). Auf Kosten des Nachhanges 2 041 587 M. (2 002 595 M.). Für Unfallversicherung wurden 2 200 821 M. (2 092 595 M.) und für laufende Verwaltungskosten 15 888 175 M. (14 005 059 M.) ausgegeben. Das Vermögen dieser Berufsgenossenschaften betrug am Schluß des Rechnungsjahres insgesamt 505 500 087 M. (479 885 207 M.).

In der gesamten Unfallversicherung hat sich die Zahl der zur Anmeldung gelangten Unfälle von 684 247 im Jahre 1900 auf 672 061 im Jahre 1910 erhöht. Die Zahl der erstmalig entschädigten Unfälle ist dagegen von 189 070 auf 182 064 zurückgegangen. Das kann wohl als Beweis dafür angesehen werden, daß bei der Bewilligung einer Entschädigung immer rigoros vorgegangen wird. Einen Rückschlag hat auch die Zahl der tödlichen Unfälle und derjenigen Unfälle erfahren, die dauernde völlige Erwerbsunfähigkeit zur Folge hatten, nämlich erstere von 2888 auf 2857, letztere von 1118 auf 1072. Die infolge eines Unfalls getöteten 8857 Personen haben 5956 Witwen, 12 418 Kinder und Enkel und 270 Verwandte in aufsteigender Linie (Eltern, Großeltern) hinterlassen.

In den 60 gewerblichen Berufsgenossenschaften kamen auf 9 881 878 durchschnittlich versicherte Personen 60 811 erstmalig entschädigte Unfälle, von welchen 5292 den Tod, 458 dauernd völlige und 28 800 dauernd teilweise Erwerbsunfähigkeit zur Folge hatten. 89 786 Unfälle hatten vorübergehende Erwerbsunfähigkeit zur Folge. Diese Zahlen ergeben auf 1000 versicherte Personen umgerechnet: 7,99 erstmalig entschädigte Unfälle überhaupt. Davon hatten zur Folge: den Tod 0,56, dauernd völlige Erwerbsunfähigkeit 0,05, dauernd teilweise Erwerbsunfähigkeit 2,54, vorübergehende Erwerbsunfähigkeit 4,24.

Für die Arbeiter der Holzindustrie kommen hauptsächlich die vier Holzberufsgenossenschaften und die Berufsgenossenschaft der Musikinstrumentenindustrie in Betracht. Daneben gibt es aber auch eine größere Anzahl von Holzarbeitern, speziell solchen an den Holzbearbeitungsmaschinen, die in Betrieben beschäftigt sind, welche anderen Berufsgenossenschaften unterstehen, die jedoch aus den Tabellen nicht ausgeschieden werden können. Ueber die Zahl der versicherten Personen, über die verdienten Löhne sowie die gemeldeten und entschädigten Unfälle unterrichtet die nachstehende Tabelle.

Hierzu ist zu bemerken, daß die Statistik der Berufsgenossenschaften sowohl die Zahl der versicherten Personen als auch der Vollarbeiter (zu je 800 Arbeitsstunden) angibt. Die letztere Zahl ist in der Regel weit kleiner, als die der versicherten Personen. Vereinzelt zeigt sich aber auch das umgekehrte Verhältnis. So rechnet z. B. die Bayerische Holzberufsgenossenschaft mit 44 988 versicherten Personen, aber mit 47 885 Vollarbeitern. Das kommt daher, daß in den betreffenden Industriezweigen entweder auf kürzere Zeit eine größere Zahl Hilfsarbeiter eingestellt waren, die bei den versicherten Personen nicht mitgezählt sind, oder daß dort an mehr als 800 Tagen im Jahre gearbeitet wurde.

Berufsgenossenschaft	Versicherte Personen	Verdienende Löhne		Gemeldete Unfälle auf 1000 Versicherte	Erstmalig entschädigte Unfälle auf 1000 Versicherte	Folgen der Verletzungen				
		insgesamt	auf den Kopf der Versicherten			Tot	dauernd völlige Erwerbsunfähigkeit	dauernd teilweise Erwerbsunfähigkeit		
Sächsische Holzberufsg.	40430	8923884	944,83	1589	80,20	857	8,92	10	188	179
Norddeutsche Holzberufsg.	307034	20044979	945,02	14408	48,92	2888	9,41	100	9789	2018
Bayerische Holzberufsg.	44908	48882924	1089,55	2301	51,14	740	16,58	29	359	391
Süddeutsche Holzberufsg.	00040	50285422	880,37	2181	85,99	509	9,08	15	325	368
Musikinstrum. Ind.-Berufsg.	56448	48514109	770,04	1107	21,21	174	3,08	5	85	184

Bezüglich der verdienten Löhne, die übrigens mit den für die Beitragsberechnung in Anrechnung gebrachten Löhnen nicht übereinstimmen, wird darauf hingewiesen, daß diese Zahlen aus manchen Gründen für eine Lohnstatistik nicht benutzt werden können. Wir haben aber trotzdem die Löhne auf den Kopf der Versicherten umgerechnet, denn die Lohnangaben dürften von den tatsächlich erzielten Löhnen kaum sehr erheblich abweichen. Und da überdies die Berechnung im allgemeinen nach den gleichen Grundsätzen erfolgt, ist ein Vergleich der Zahlen unter sich jedenfalls statthaft. Hierbei zeigt es sich, daß die Löhne im Gebiete der Süddeutschen Holzberufsgenossenschaft erheblich hinter dem in anderen Gegenden des Reiches gezahlten zurückbleiben; sie sind aber immer noch beträchtlich höher, als in der Musikinstrumentenindustrie. Daß die Bayerische Holzberufsgenossenschaft in dieser Rubrik an der Spitze steht, erklärt sich aus den bereits erwähnten Gründen, die dazu führen, daß in dieser Berufsgenossenschaft die Zahl der Vollarbeiter höher ist, als die der tatsächlich beschäftigten Personen.

In bezug auf Unfallhäufigkeit steht die Bayerische Holzberufsgenossenschaft gleichfalls an erster Stelle. Daß diese Berufsgenossenschaft auch eine verhältnismäßig hohe Zahl von Unfällen entschädigt, ist aber nicht sowohl auf eine besondere Liberalität bei der Einschätzung der Unfallfolgen, als darauf zurückzuführen, daß hier viele schwere Unfälle passieren. Zum Vergleich sei darauf hingewiesen, daß bei sämtlichen 60 gewerblichen Berufsgenossenschaften auf je 1000 Versicherte 51,60 gemeldete und 7,99 erstmalig entschädigte Unfälle kommen. Dieser Durchschnitt wird bezüglich der gemeldeten Unfälle von der Bayerischen Holzberufsgenossenschaft übertroffen, aber alle vier Holzberufsgenossenschaften weisen eine verhältnismäßig höhere Zahl von entschädigten Unfällen auf, als der Durchschnitt sämtlicher gewerblicher Berufsgenossenschaften; ein Beweis, daß es sich in der Holzindustrie in größerer Zahl um schwere Unfälle handelt.

Eine schärfere Kontrolle der Betriebe wäre wohl geeignet, die Unfallziffern bedeutend herabzumindern. Aber gerade in der Beziehung sind die Berufsgenossenschaften sehr sparsam. Am meisten tut ja auf diesem Gebiete die Süddeutsche Holzberufsgenossenschaft, die vier technische Aufsichtsbeamte hat. Die Norddeutsche Holzberufsgenossenschaft hat zwar sieben Beamte, sie müßte aber, um nur im gleichen Verhältnis wie die vorgenannte die Betriebe kontrollieren zu können, mindestens 20 Be-

amte haben. Die Berufsgenossenschaft der Musikinstrumentenindustrie hat 2 und die Sächsische und die Bayerische Holzberufsgenossenschaft nur je einen technischen Aufsichtsbeamten.

Unsere zweite Tabelle bringt eine Uebersicht über die von den Berufsgenossenschaften der Holzindustrie an die Verletzten gewährten Entschädigungen. Zu den in der Tabelle genannten Beträgen kommen noch die Kosten für die Unterbringung Verletzter in Invalidenhäuser. Hierfür hat die Norddeutsche Holzberufsgenossenschaft in einem Falle 508,00 M. und die Bayerische Holzberufsgenossenschaft in einem Falle 1142,50 M. ausgegeben. Bei diesen Ausgaben für Entschädigungen handelt es sich absolut genommen, um recht bedeutende Summen, und von interessanter Seite wird bekanntlich sehr gern auf die riesigen Summen verwiesen, welche auf Grund der Arbeiterversicherungs-gesetze den Arbeitern gewährt werden. Insbesondere in bezug auf die Unfallversicherung wird betont, daß es sich hierbei um Gelder handele, die ausschließlich von den Unternehmern aufgebracht werden.

Berufsgenossenschaft	Kosten des Verletzten		Zinsen an Verletzte		Aufbringung an Invalidenhäuser		Aufbringung an Invalidenhäuser		Stichtagsgeb.	Mitteln d. Unternehm. d. Verletzten
	1900	1910	1900	1910	1900	1910	1900	1910		
Sächs. Holzberufsg.	197	7418	8908	448180	81	6719	—	—	12	771
Norddeutsche Holzberufsg.	1841	106831	20705	291407	226	65123	0	2740	124	8216
Bayerische Holzberufsg.	801	15890	5771	790224	81	23995	0	818	27	1771
Süddeutsche Holzberufsg.	225	7814	9707	550921	100	50011	0	1242	18	894
Musikinstrum. Industrie	89	4156	1241	185184	4	1032	—	—	4	288

Hieran ist so viel richtig, daß die Beiträge für die Unfallversicherung von den Unternehmern eingezogen werden. Aufgebracht werden die Beiträge an den Berufsgenossenschaften aber von den Arbeitern. Diese Beiträge sind ein Teil des von den Arbeitern verdienten Lohnes, der statt dem einzelnen Arbeiter direkt ausgezahlt zu werden, in die Kasse der Berufsgenossenschaft abgeführt wird. Sie bedeuten auch keine besondere Belastung des Unternehmers, denn ebenso, wie er bei der Kalkulation des Preises für seine Waren die Ausgaben für Rohmaterial, Löhne, Miete, Abnutzung der Maschinen und Werkzeuge usw. in Rechnung stellt, figurieren auch die Beiträge zur Arbeiterversicherung als Ausgabenposten in dieser Kalkulation, und diese Beiträge werden dementsprechend auch in dem Preise, den er für die Produkte erhält. Der Umstand, daß der Unternehmer den Beitrag für die Unfallversicherung direkt abführt, ist mit dem Ausschluß der Arbeiter von der Verwaltung der Berufsgenossenschaften viel zu teuer bezahlt.

Es bedeutet eine starke Zumutung an die Arbeiter, wenn man von ihnen Dankbarkeit für die aus der Sozialversicherung gewährten Wohltaten verlangt. Hierzu liegt nicht der geringste Anlaß vor. Bei den berühmten „Renten“ handelt es sich doch lediglich um Gelder, die zunächst von den Arbeitern aufgebracht wurden, und die ihnen, wenn sie im Dienste des Kapitals beruht sind, nur in sehr kümmerlichem Maße wieder zuzuführen. Die Summen sehen auch nur so lange imposant aus, als man sie oberflächlich betrachtet. Blickt man näher hin, dann findet man erst, daß es doch recht bescheidene Beträge sind, die dem einzelnen

Der Braunschweiger Korbmacher-Gesellenzunft ruhmloses Ende.

Unserem Verbandsarchiv wurde von der Zustellenverwaltung in Braunschweig in liebenswürdiger Bereitwilligkeit ein interessantes Dokument aus der dortigen alten Zunftzeit überreicht: „Der Gesellen-Einschreibe-Buch. Anno 1747.“ Wie all die alten Zunfturkunden ist auch dieses Buch aus kräftigem Wappenstein mit dem unermüßlichen Schweinslederband wie für die Ewigkeit bestimmt. Es enthält die Namen der Korbmacher-Gesellen, die in Braunschweig der zünftigen Korbmacher-Gesellschaft beitrugen. Das waren alle, die nach Braunschweig zugewandert kamen und Arbeit fanden, oder am Orte auslerten und dort zunächst verblieben. Abwärts der zünftigen Organisation durfte niemand seine Wege wandeln, die Gesellen waren wohl geübt in der Anwendung der großen und kleinen Mittel, mit denen man einen „Unehrlichen“ zusehte, bis er reumütig sich wieder mit der Gesellenchaft ausöhnte. Und wehe dem, der sich nicht unterwerfen wollte, über den der Verruf verhängt wurde! Jeder Meister, der ihn beschäftigte, jeder Geselle, der neben ihm arbeitete, wurde gleich ihm unehrlich. Ruhelos wanderte der Geächtete von Ort zu Ort, verfolgt von den wahren Kaufbrütern der Zunftgesellen blieb manchem nichts übrig, als den Beruf aufzugeben.

Wir können also annehmen, daß das Einschreibebuch genau die Zahl der Gesellen angibt, die in Arbeit traten. Allzuviele konnten es nicht sein, denn wenn auch die Wanderpflicht den einzelnen nicht lange am Orte hielt, war doch das Gewerbe zu klein, um einen größeren Zustrom zu ermöglichen. Vom Jahre 1747, wo die Eintragungen in diesem Buche beginnen, bis 1800 ist die Höchstzahl der Neubinzutretenden für ein Jahr 8; einige Jahre sind darunter, in denen nicht ein einziger einzutreten war. Insgesamt zählen wir für den angegebenen Zeitraum von 54 Jahren 222 Namen, so daß im Durchschnitt auf ein Jahr nur 4 entfallen. Die Eintragung geschah etwa in dieser Form: „1758 d. 10. Januar ist Johann Friedrich Dende von Helmstedt, gelernter daselbst, vor der Gesellen-Lade zum Gesellen angenommen.“

Eine Zusammenstellung der Herkunftsorte gibt einen anschaulichen Begriff von der Neugier der damaligen Handwerksgehlen. Der größte Zustrom kam aus Berlin, das bis 1800 mit 27 Namen vertreten ist, aus Breslau

stammen 22, Bremen und Leipzig je 12, Hamburg und Danzig je 9, Lübeck und Hilbeheim je 7, Magdeburg 6, Pechl, Queblinburg, Jülich und Hannover je 5 usw. Einer ist darunter von Wien. Aus Braunschweig selbst stammen für den genannten Zeitraum nur 20. Es waren also meist Fremde, ein bunt zusammengewürfeltes Völkchen, das sich an den „Krugtagen“ und „Umfragen“ um der Gesellen-Lade versammelte und in den althergebrachten Formen und Zunftgebräuchen enge Gemeinschaft hielt.

In die Zunftverfassung griff mit rauher Hand die aufstrebende kapitalistische Produktionsweise ein. Das müdere Gesellenleben verlor seine romantische Umkleidung und was blieb, war nüchternes, proletarisches Elend. Aus kraftvollen wirtschaftlichen Kampforganisationen wurden die Gesellenchaften zu farblosen Kranken- und Sterbeunterstützungskassen. Die alten Gebräuche und Zunfteinrichtungen wurden aus Gewohnheit fortgeführt, aber sie hatten allen Inhalt verloren und waren nur noch leerer Formelkram. Auch die Braunschweiger Korbmacher-Gesellschaft verfiel dem Niedergang. Bis zum Jahre 1856 wird das Einschreibebuch noch fortgeführt, „Adolph Fugle aus Berlin“ beschließt die Namensliste; dann kam wohl die Erkenntnis, daß es sich nicht mehr lohnte, an einer Einrichtung festzuhalten, die mit dem Untergange der Zunft ihren Wert verloren hatte.

Das Einschreibebuch erlebte aber nach 20 Jahren noch einmal eine Auferstehung. In Form einer Unterstützungskasse hatte sich ein kümmerlicher Abglanz der alten Zunftherrlichkeit unter den Korbmacher-Gesellen erhalten. Da erinnerte man sich des alten, nur halbvoll geschriebenen Einschreibebuches, um es nun als Protokollbuch zu benutzen; vom 31. Dezember 1876 ist der erste Sitzungsbericht eingetragen. Um jene Zeit waren schon die Pioniere der modernen Arbeiterbewegung rüstig am Werk, ein neues Bollwerk zum Schutz der arbeitenden Klasse zu zimmern. Ohne jede Hoffnung auf Wiederbelebung waren die alten Zunftorganisationen zu Grabe getragen; das fühlten auch wohl die Braunschweiger Korbmacher-Gesellen, als sie nun daran gingen, der letzten Wahrzeichen der alten Gesellenmacht sich zu entledigen. Mit nüchternen Pietätlosigkeit trägt der Schriftführer unterm 18. März 1877 in das Buch ein: „Es wurde einstimmig beschlossen, daß die Allenfellen verkauft werden sollen. Der Krug wurde an Hermann verkauft für 2 Mark 60 Pf. Der Willkommen

wurde von Lorenz für 6 Mark 55 Pf. gekauft, desgleichen die Fahne für 5 Mark 50 Pf. Der Tabaksbeutel wurde an Lassen verkauft für 1 Mark 85 Pf. Der Stab wurde an Werner verkauft für 50 Pf.“

Gang und Anglos ging die alte Zeit zugrunde. Der prächtige Willkomm, aus dem der Uertengeselle dem neuzutretenden Zunftgenossen feierlich den ersten Schluck zu trank, der handfeste Krug, der durch viele Generationen hindurch in frohlicher Runde gekreiselt hatte, die Fahne, der Stolz der Gesellenchaft, der Stab, der in der Hand der Ladengesellen im feierlichen Dreifachschlag unzählige Umfragen eröffnete, der Tabaksbeutel — all diese ganzen Zunftherrlichkeiten, in denen durch Jahrhunderte die Macht der Gesellenorganisation symbolisiert war, gingen um lumpige 16 Mark und 60 Pfennige unter dem Hammer hervor! Ein wahrhaft ruhmloses Ende.

Die alten Verbindungen waren der historischen Entwicklung zum Opfer gefallen, allmählich nur mühsam der Gedanke von der Notwendigkeit, neue Kampforganisationen zu errichten. Auch die Braunschweiger Korbmacher-Gesellen fanden zunächst den Anschluß an die moderne Arbeiterbewegung nicht. Vom 30. April 1888 meldet das Protokoll: „Dann wurde der Antrag gestellt, eine Vergütungs-kasse zu gründen. Derselbe wurde angenommen.“ So wenig verquüglich die damalige Zeit für die Arbeiter war, reden doch die Protokolle der nächsten Zeit fast ausschließlich von den hochwichtigen Vorbereitungen für Festlichkeiten aller Art, ob die Meister persönlich oder durch Einschreiben eingeladen werden sollen, wie die Sätze zu dekorieren sind usw. unterliegt einer hochnotpeinlichen Beschlußfassung.

Schließlich bringt aber auch in diesen Kreis der Gaud einer neuen Zeit. Die Gründung gewerkschaftlicher Fachvereine, die Anfangs der achtziger Jahre, nachdem der erste Schreden des Sozialistengesetzes überwunden war, in allen größeren Orten in die Wüste schossen, hatte auch unter den Braunschweiger Korbmacher-Gesellen ein Echo geweckt. Vom 6. Oktober 1884 trägt der Schriftführer ein: „Es wurde der Antrag gestellt, daß der Name „Der Verein zur Wahrung der Interessen der Korbmacher Braunschweigs“ heißt; derselbe wurde angenommen.“ Damit war wenigstens die Grundlage für eine gewerkschaftliche Organisation gelegt. Leider hören die Eintragungen dann auf und es ist daher nicht zu ersehen, welche fernere Schicksal der Gemeinschaft beschieden war.

Warnung vor Zuzug!

(Alle Mitteilungen über Differenzen, welche zur Sperrung eines Ortes oder einzelner Betriebe für Verbandsmitglieder Anlaß geben, sind an den Verbandsvorstand zu adressieren. Sie müssen hinreichend begründet und von der Geschäftsstellenverwaltung durch Unterschrift und Stempel beglaubigt sein.)

Zuzug ist fernzuhalten von:

- Tischlern, Maschinisten und Hilfsarbeitern nach Köslin (Gebr. Hoffendahl), Niederseebitz (Abolf. Trippner), Mendenburg (Eisenwerk Karlsbütte), Rosenheim (Wartelgeschäft Wiesböck), Sonthheim bei Seibronn (Metel, Kramcrwerk), Stettin (Automobilfabrik Gebr. Stöwer), Paris.
- Ristenmachern nach Bünde i. Westf.
- Mobellischlern nach Mendenburg (Eisenwerk Karlsbütte).
- Parfettlegern nach Berlin (Arbeitsnachweis des Berufsvereins der Berliner Parfettgeschäfte, Thomassiusstraße).
- Stellmachern nach Stettin (Automobilfabrik Gebr. Stöwer).
- Vorbmachern nach Elmshorn, Glückstadt, Rostock (J. Ball), Schiffdorf (Müller), Sellstedt (Allermann), Tornesch, Uetersen, Montreux.
- Stockerarbeitern nach Schwesig (Lindenbaum u. Wärmann).
- Vantlinmachern nach Treuenbrieken.
- Schirmmachern nach Berlin (Waldenstein).
- Stavlermachern nach Berlin (Wechstein).

Verleihen gewährt werden. Und um diese zu erringen, ist noch oft genug ein verzweifelter Kampf mit der Berufsgenossenschaft erforderlich.

Wenn man die Ausgaben der fünf Berufsorganisationen der Holzindustrie an Renten für Verletzte addiert, dann ergibt sich die Summe von 4 913 460,60 Mk. An diese Summe mußten sich aber 84 702 Verletzte teilen. Somit entfällt auf jeden Verletzten eine durchschnittliche Jahresrente von 141,22 Mk. Das ist sicherlich kein Betrag, der dem Verunglückten gestattet, ein Wohlleben zu führen. Dabei wird noch fortwährend versucht, an den Renten zu knapsen und sie dem Verletzten ganz zu entziehen. Wer sich das nicht gutwillig gefallen läßt, wird als Stimulant und Rentenjäger verschrien. Aber die Arbeiter sind im allgemeinen gar nicht so rentensüchtig, wie sie hingestellt werden. Lieber als jede Rente sind ihnen ihre gesunden Glieder. Deshalb verlangen wir immer wieder die unfaßlichere Ausgestaltung der Betriebe und alle auf dieses Ziel gerichteten Bestrebungen der Berufsorganisationen werden von den Gewerkschaften auf das lebhafteste gefördert.

Die Holzindustrie in Frankreich.

T. Das Ministerium der Arbeit und der sozialen Fürsorge veröffentlichte jüngst die Ergebnisse der Berufs- und Gewerbezahlung, welche am 4. März 1906 in Frankreich durchgeführt wurde. Seit der vorigen Zahlung vom Jahre 1901 nahm die Gesamtbevölkerung nur von 38 451 000 auf 38 845 000 zu, die Zahl der erwerbstätigen Personen — einschließlich der häuslichen Dienstboten — hingegen von 19 715 075 auf 20 720 879, also um mehr wie eine Million. Da die Bevölkerung fast stabil bleibt, die Anforderungen an die Lebenshaltung aber ebenso wie anderwärts steigen, so nimmt der Prozentfuß der Erwerbstätigen von der Bevölkerung überhaupt, rasch zu. In der Landwirtschaft, Forstwirtschaft und Fischerei wurden bei der letzten Zahlung 8 855 053 Erwerbstätige ermittelt, in der Industrie 6 200 248, im Transportwesen 887 387, im Handel und Verkehr 2 002 681 usw. Von allen 8 720 565 Betrieben trafen auf die Landwirtschaft, Forstwirtschaft und Fischerei 2 561 103, die Industrie 673 193, das Transportwesen 24 498, Handel und Verkehr 375 721 und der Rest auf die freien Berufe und die Dienstleistung. Kleinbetriebe herrschen stark vor; neben 1 407 047 Kleinbetrieben von Inhabern gab es 1 218 257 Betriebe mit nur einer beschäftigten Person, 525 408 Betriebe mit je zwei Personen usw.

In der Holzindustrie ging die Zahl der erwerbstätigen Personen von 708 983 im Jahre 1901 auf 704 005 im Jahre 1906 zurück. Die Zahl der männlichen Erwerbstätigen nahm von 665 758 auf 650 306 ab, während die weiblichen Erwerbstätigen von 43 205 auf 45 389 zunahm. Wie weit hieran die niedrigere Entlohnung der Arbeiterinnen schuld ist, läßt sich nicht ermitteln. Die Klasse der Betriebsinhaber vermehrte sich von 125 060 auf 126 808 Personen und das in den Betrieben der Unternehmer beschäftigte Personal von 357 277 auf 361 784. Die Zahl der Arbeitslosen nahm von 19 405 auf 15 568 und die Zahl der Selbständigen ohne eigene Betriebslokale und der Heimarbeiter nahm von 203 121 auf 200 637 ab. Die Zunahme der in der Holzindustrie tätigen weiblichen Personen fand größtenteils in der zuletzt erwähnten Gruppe jämmerlichster Existenzen statt.

Die Betriebsgröße veränderte sich im Laufe der fünf Jahre 1901—1906 nicht viel. Die kleinsten Betriebe, mit höchstens je fünf beschäftigten Personen, nahmen um einige hundert ab und die mit 6—10 Personen um einige hundert zu. Die Betriebsklasse mit je 11—20 Personen

zeigt wieder eine Abnahme; die größeren Betriebe vermehrten sich. Es resultiert der nachstehende Vergleich.

Betriebe mit je	Zahl im Jahre	
	1901	1906
1—5 beschäftigten Personen	98 488	98 065
6—10	5 401	5 941
11—20	2 829	2 769
21—100	1 774	1 854
über 100	155	189
Zusammen	108 647	108 815

Die Betriebe der kleinsten Klasse bildeten 1901 91 Proz. und 1906 90 Proz. von allen. Die Kapital- und Betriebskonzentration schreitet eben in Frankreich nur verhältnismäßig langsam vorwärts.

Im Jahre 1906 befanden sich unter dem Betriebspersonal 9159 männliche und 999 weibliche Angestellte, 326 757 Lohnarbeiter und 24 869 Lohnarbeiterinnen. Von den Betriebsinhabern waren 119 230 männlichen und 7570 weiblichen Geschlechts.

Auf Gewerbegruppen verteilte sich die Gesamtzahl der 1906 in der Holzindustrie erwerbstätigen Personen wie folgt:

Sägerei, Zimmererei und Bautischlerei	324 230 = 40 Proz.
Wagenbau	106 548 = 15
Erzeugung von Geräten aus Holz	118 940 = 17
Kunstischlerei	88 300 = 13
Musikinstrumenten-Erzeugung	8 044 = 1
Drechserei, Bürstenmacherei, Kammmacherei usw.	58 498 = 8
Zusammen	701 095 = 100 Proz.

Das Verhältnis der Zahl der Betriebsinhaber zur Zahl der beschäftigten Personen ist in den einzelnen Gewerbegruppen sehr ungleich; am stärksten vertreten sind die Inhaber im Wagenbau und der Erzeugung von Geräten, am schwächsten in der Musikinstrumentenerzeugung; es wurden gezählt:

In der Gewerbegruppe	Betriebsinhaber		Beschäftigte Personen	
	Absolut	%	Absolut	%
Sägerei, Zimmererei, Bautischlerei	58 408	27	1 014 038	78
Wagenbau	22 920	80	58 809	70
Erzeugung von Geräten	21 909	80	49 887	70
Kunstischlerei	14 022	20	54 058	80
Musikinstrumenten-Erzeugung	581	8	6 451	92
Drechserei, Bürstenmacherei, Kammmacherei usw.	9 292	21	85 831	79
Zusammen	126 808	26	361 784	74

Von dem Betriebspersonal im weiteren Sinne, d. h. einschließlich der Unternehmer, bildeten diese durchschnittlich ungefähr ein Viertel, die Arbeiter und Angestellten drei Viertel.

Von den selbständigen Einzelpersonen und Heimarbeitern — die in der amtlichen Statistik leider zu einer Gruppe zusammengefaßt wurden — entfielen auf die Sägerei, Zimmererei und Bautischlerei 95 342 oder 48 Proz., auf die Erzeugung von Geräten aus Holz 45 225 oder 23 Proz., auf den Wagenbau 28 915 oder 14 Proz., auf die Kunstischlerei 17 366 oder 9 Proz., auf die Drechserei, Bürstenmacherei usw. 12 768 oder 6 Proz. und auf die Musikinstrumentenerzeugung 926 (einschließlich der Stavlerstimmer und dergl.). — Unter allen Erwerbstätigen der betreffenden Gewerbegruppen waren die selbständigen Einzelpersonen und Heimarbeiter wie folgt vertreten: In der Erzeugung von Geräten mit 40 Proz., in der Wagnererei mit 27 Proz., in der Sägerei, Zimmererei und Bautischlerei mit 29 Proz., in der Drechserei usw. mit 22 Proz. und in der Kunstischlerei mit 20 Proz.

Alleinbetriebe der Inhaber gab es in der Sägerei, Zimmererei und Bautischlerei 1902, im Wagenbau 628, in der Erzeugung von Geräten 1191, in der Kunstischlerei 859, in der Musikinstrumentenmacherei 20 und in der Drechserei, Bürstenmacherei usw. 1508. Wirtschaftlich viel bedeutender als diese sind die kleinen Gehilfenbetriebe, in denen die Mehrheit der Arbeiter und Angestellten beschäftigt sind.

Die Gruppierung der Betriebe in bestimmte Größenklassen und die Gesamtzahl der in jeder Größenklasse beschäftigten Arbeiter und Angestellten wird in der nächsten Tabelle veranschaulicht.

Gewerbegruppen	Betriebe mit je			
	1—10	11—20	21—100	über 100
a) Zahl der Betriebe jeder Größenklasse:				
Sägerei, Zimmererei, Bautischl.	50786	1806	811	60
Wagenbau	20584	206	187	26
Erzeugung von Holzgeräten	17616	380	255	14
Kunstischlerei	10263	466	342	36
Musikinstrumentenmacherei	878	27	46	13
Drechserei usw.	4580	346	263	48
b) Zahl der in jeder Betriebsklasse beschäftigten Personen:				
Sägerei, Zimmererei, Bautischl.	109641	19347	30594	7775
Wagenbau	87426	4440	5766	5677
Erzeugung von Holzgeräten	92508	4721	10048	2809
Kunstischlerei	26908	6980	14803	6859
Musikinstrumentenmacherei	1060	895	2050	2087
Drechserei usw.	10817	5102	11029	8880

Das Ueberwiegen des Kleinbetriebs ist aus diesen Zahlen recht deutlich zu erkennen; auf die Betriebe mit höchstens je 10 Arbeitern und Angestellten trafen von der

Gesamtzahl: In der Sägerei, Zimmererei usw. 61 Proz., im Wagenbau 70 Proz., in der Erzeugung von Geräten 65 Proz., in der Kunstischlerei 49 Proz., in der Musikinstrumentenmacherei 17 Proz. und in der Drechserei usw. 30 Proz. Von der Entwicklung zum eigenständigen Großbetrieb ist die französische Holzindustrie noch weit entfernt.

Soziales.

Der preussische Landtag.

Am 15. Januar ist der preussische Landtag durch den Ministerpräsidenten Bethmann Hollweg feierlich mit einer Thronrede eröffnet worden, in welcher eine Reihe von Gesetzen angekündigt wurden, die der sogenannten Vertretung des preussischen Volkes demnächst zugehen sollen. Eine Wahlrechtsvorlage ist nicht angekündigt. Der König von Preußen hat sich für eine Reform des Wahlrechts feierlich verbürgt, als er in der Thronrede vom 20. Oktober 1906 ausführte:

„Es ist mein Wille, daß die Vorschriften über das Wahlrecht zum Hause der Abgeordneten eine organische Fortentwicklung erfahren, welche der wirtschaftlichen Entwicklung, der Ausbreitung der Bildung und des politischen Verständnisses sowie der Erhaltung staatlichen Verantwortlichkeitsgefühls entspricht. Ich erblicke darin eine der wichtigsten Aufgaben der Gegenwart.“

Die preussische Regierung hat das veränderte Königswort inzwischen in einer eigentümlichen Weise eingulden versucht. Sie hat die recht komisch anmutende Wahlrechtsvorlage eingebracht, die im Unterparlament sehr übel behandelt und schließlich voller Hohn in dem Abgrund versenkt wurde. Seither ist es das zweite Mal, daß eine Session des preussischen Landtages eröffnet wurde, ohne daß die Regierung die Absicht zu erkennen gegeben hätte, der Übung „einer der wichtigsten Aufgaben der Gegenwart“ näher zu treten. Ob sie diese Aufgabe heute nicht mehr für so wichtig hält? Um so wichtiger ist die Erörterung des Wahlrechtes in Preußen nicht nur dem Volk in Preußen selbst, sondern in ganz Deutschland. Der Ausfall der Reichstagswahl, die 4 1/2 Millionen sozialdemokratische Stimmen sprechen eine deutliche Sprache. Wenn Herr v. Bethmann Hollweg glauben sollte, daß die Wahlrechtsfrage zur Ruhe gekommen sei, dann dürfte er eher, als er es denkt, aus seinen Träumen aufgeschreckt werden. Ob sie nun in einer Thronrede erwähnt wird oder nicht, die preussische Wahlrechtsfrage steht auf der Tagesordnung und sie wird von ihr nicht früher verschwinden, bis sie im Sinne der Volkswünsche gelöst ist.

Ist in der Thronrede auch die Wahlrechtsfrage nicht berührt, so enthält sie dafür einige andere niedliche Sachen. So die Ankündigung einer Reform der direkten Steuern. Im Jahre 1900 sind provisorische Zuschläge zu der Einkommens- und Ergänzungssteuer beschlossen worden, die künftig weggelassen sollten. Der preussische Abler ist es aber nicht gewohnt, etwas wieder herzugeben, was er in seinen Krallen hat. Obwohl sich die Finanzlage, wie es in der Thronrede heißt, auch im laufenden Rechnungsjahre weiter günstig entwickelt, sollen die Zuschläge dauernd beibehalten und in dem Steuerharnis hineingearbeitet werden. Das wird zur Folge haben, daß auch die Gemeindesteuern, die in Prozenten der Staatssteuer bemessen werden, eine Steigerung erfahren. Die seitherige Vorschrift, nach welcher die Arbeitgeber verpflichtet sind, der Steuerbehörde die erforderlichen Angaben über ihre Arbeiter zu machen, und zu verhindern, daß ein Teil des Einkommens versteuert bleibt, soll auf sämtliche Angestellte, also auch auf die mit einem Einkommen von mehr als 3000 Mk. ausgedehnt werden. Für Steuerbetrug soll künftig außer auf Geld, auch auf Gefängnisstrafe erkannt werden können. Das hat in den Kreisen der Besitzenden, die gewohnheitsmäßig Steuern hinterziehen, einige Beunruhigung ausgelöst. Die Sache wird aber schließlich sehr schlimm für sie werden, denn bekanntlich hat eine Krähe der anderen kein Auge aus.

Sehr beachtenswert ist der als bereits fertiggestellt angekündigte Gesetzentwurf über die Einführung des Arbeitszwanges für Arbeitsscheue. Nach diesem Entwurf sollen Personen, die selbst oder in der Person ihrer Ehefrauen oder ihrer unter 16 Jahre alten Kinder aus öffentlichen Armenmitteln nicht nur vorübergehend unterstützt werden, ins Arbeitshaus gesteckt werden können. Angeblich soll sich dieses Gesetz gegen Arbeitsscheue, Trunkenbolde usw. richten, die sich der Unterhaltungsspflicht gegen ihre Familie böswillig entziehen. Wenn das richtig wäre, dann ließe sich schließlich darüber reden, aber der dem Herrenhaus bereits zugegangene Gesetzentwurf zeigt ein so gefährliches Gesicht, daß er allem Anschein nach dazu bestimmt ist, ein wichtiges Kampfmittel gegen die Gewerkschaften zu werden. Das ist nicht nur die Auffassung übeldenkender Sozialdemokraten, sondern auch ein so loyal denkender Mann wie der Frankfurter Magistrats-Syndikus Langer kommt in einem Aufsatz in der „Frankfurter Zeitung“ zu der gleichen Ansicht. Langer schreibt:

„Nach dem Entwurf scheint endlich das Mittel gefunden zu sein, Streiks zu verhindern. Wenn die Familie des Streikenden unterstützt wird, kommt der Streikende, wenn der Streik eine Weile gedauert hat, ins Zwangsarbeitshaus. Aber nicht nur der streikende Arbeiter, auch der ausgesperrte wird unter den Zwang des Gesetzes gestellt. Die Perspektiven, die sich eröffnen, sind beängstigend. Künftig brauchte es also keine wirtschaftlichen Kämpfe zwischen Arbeitnehmern und Arbeitgebern zu geben. Das Arbeitshaus könnte ihnen ein

schnelles Ende machen. Wenn der Lohnkampf den Zweck hatte, der Familie das Einkommen zu sichern, das verteuerte Lebensverhältnisse gerade zur Verminderung der Armenunterstützung forderten, so wird künftig an Stelle des Streiks eben die Armenunterstützung treten und damit wiederum — das Arbeitshaus! Also „rechts am Ende, links am Ende“ — das Arbeitshaus!

Diese Abänderung dürfte vorerst genügen, um die Aufmerksamkeit auf die Lichtschauen Pläne zu lenken, welche mit Hilfe des preussischen Dreiklassenhauses gegen die Gewerkschaften ins Werk gesetzt werden sollen. Es sei noch kurz darauf hingewiesen, daß die Einweisung ins Arbeitshaus nicht auf Gerichtsbeschluss, sondern durch Verfügung von Verwaltungsbehörden, des Kreis- oder Stadtausschusses erfolgt, und unter Umständen der Verhaftung auf Lebenszeit im Arbeitshaus festgehalten werden kann. Wir werden wohl noch Veranlassung haben, auf dieses monströse Gesetz zurückzukommen.

Das preussische Abgeordnetenhaus hat sich, nachdem an Stelle des Junkers v. Ardenne, der sich an diesem Posten unmöglich gemacht hatte, der Freiherr v. Erffa zum Präsidenten gewählt war, bis zum 30. Januar vertagt.

Der Streikbrecherstreik im Hamburger Parlament. Der auf den Erlaß eines Streikbrecherstrafgesetzes gerichtete Antrag der Hamburger Scharfmacher, den wir in der vorigen Nummer besprochen haben, ist in der Bürgerschaftsitzung am 17. Januar zu Ende beraten worden. In der Debatte spielte auch der große Kampf im Hamburger Holzgewerbe eine erhebliche Rolle. Mit welcher Intensität der tatsächlichen Verhältnisse die Scharfmacher an ihre Aufgabe herantraten, bemerkt insbesondere die Rede eines Herrn Girsch, der die Ursache des Kampfes folgendermaßen darstellte: „Es handelt sich um ein Nachspiel zur Maiseier. Die Holzarbeiter waren zehn Tage ausgesperrt, und als sie wieder anfangen sollten, verlangten sie eine Lohnerhöhung. Da haben die Unternehmer den Spieß umgedreht und haben die Arbeitsnachweiser zur Machtfrage gemacht.“ Heute, wie dieser Herr, die von den Dingen, über die sie reden, keine Ahnung haben, besitzen den zweifelhaften Mut, sich über den Terrorismus der Arbeiter zu entrüsten und Ausnahmegeetze gegen die Gewerkschaften zu fordern.

In der Verhandlung wurde u. a. vom Genossen Henje eine Statistik über die Tätigkeit der Justiz aus Anlaß des Kampfes im Hamburger Holzgewerbe zur Sprache gebracht. Danach waren wegen Verleumdung, Körperverletzung, Aufschlags usw. insgesamt 140 Personen angeklagt. Davon wurden mit Freiheitsstrafen 30, mit Geldstrafen 65 belegt. Freigesprochen wurden 64. Im Hinblick auf die lange Dauer des Kampfes, an welchem etwa 4500 Arbeiter beteiligt waren, kann diese Ausbeute der Justiz kaum als besonders hoch bezeichnet werden, zumal wenn man berücksichtigt, wie viele der Anklagen zustande kamen. So erwähnte Henje einen Unternehmer, der täglich auf dem Hauptbahnhof war, um sich „belästigen“ zu lassen, damit er dann die Streikposten anzeigen konnte. Der Mann sitzt jetzt wegen Sittenverbrechens im Gefängnis. Ein früherer Angekellter der Polizei hat 58 Anzeigen wegen „Belästigung“ erstattet. Vor Gericht hat er zugeben müssen, daß er in allen Fällen gelogen hat, um sich die 50 Mk. pro Fall zu verdienen, die der Arbeitgeberchutzverband als Belohnung ausgesetzt hat.

Uebrigens sind auch eine Anzahl Unternehmer wegen Ausschreitungen anlässlich des Streiks verurteilt worden. Allerdings sind diese meist billiger weggekommen, doch liegt das nicht immer an der Harmlosigkeit ihrer Vergehen. Ein Tischlermeister ist mit 50 Mk. Geldstrafe belegt worden, weil er auf einen Tischler, der sich am Streik beteiligen wollte, seinen Hund gehetzt hatte, der dem Mann die Nase zerriß und ihn ins Bein biss. Mit Recht darf Henje die Frage auf, was für eine Strafe wohl den Tischler getroffen hätte, wenn der Fall umgekehrt gelegen hätte.

Interessant ist das Zugeständnis, welches der Antragsteller Sieverts in seinem Schlusswort machte. Er erklärte, es begreift sich zu finden, daß sich nicht die besten und friedlichsten Elemente zu Streikbrechern hergeben. Aber für dieses Geständnis verlangt er höheren Schutz! Der Antrag, durch welchen bekanntlich der Senat erjudet wird, im Bundesrat die von der sächsischen Regierung in Aussicht gestellten Anträge zum Schutz der Streikbrecher zu unterstützen und insbesondere auf ein Verbot des Streikpostenstreikens hinzuwirken, wurde schließlich in namentlicher Abstimmung mit 82 gegen 41 Stimmen angenommen.

Damit haben die Hamburger Scharfmacher, wie Genosse Stolten in seiner Rede sehr zutreffend ausführte, Mache genommen für die Niederlagen, die sie im wirtschaftlichen Kampfe mit den Arbeitern erlitten haben. Ob und welchen Erfolg der Beschluss zeitigen wird, bleibt abzuwarten. Die Arbeiterschaft wird auch mit derartigen Zwangsgeetzen nicht auf die Dauer niederzuhalten sein. Wir können dem Genossen Stolten durchaus zustimmen, der seine Rede mit den Worten schloß: „Wir fürchten Ihren Antrag nicht! Wir haben das Sozialistengesetz ertragen, wir werden auch das ertragen. Aber es wird sich auch hier bewähren das Wort: Wer Wind sät, wird Sturm ernten!“

Die Reichstagswahlen, die am 20. und 22. Januar vorgenommen wurden, haben den Eindruck des ersten Wahlganges bekräftigt und vertieft. Das Ergebnis der Wahl ist ein glänzender Erfolg der Sozialdemokratie. Obwohl Nationalliberale und besonders auch Freisinnige in einer ganzen Reihe von Wahlkreisen den Reaktionen gegen den Sozialdemokraten das Mandat retteten, haben letztere in den Stichwahlen bisher 25 Mandate erobert. Nach den Zusammenstellungen in den Morgenblättern vom 23. Januar, die in Kleinigkeiten noch voneinander abweichen, ergibt sich bisher folgendes Wahlergebnis: Konservative 41 (im vorigen Reichstag 59), Reichspartei 12 (25), Zentrum 94 (103), Antisemiten und

Wirtschaftliche Vereinigung 13 (21), Nationalliberale und Deutscher Bauernbund 88 (61), Fortschrittliche Volkspartei 84 (40), Sozialdemokraten 99 (58), Welfen 5 (1), Polen 17 (20), Dänen 1 (1), Elsäßer 5 (5), Voßringer 2 (3), Wille 2 (3).

In 84 Wahlkreisen findet die Stichwahl am 26. Januar statt. An diesem Tage erst wird es sich entscheiden, ob der schwarz-blaue Block niedrigergerungen ist. — Der neue Reichstag soll, wie verlautet, am 6. oder 8. Februar zusammentreten.

Verbandsnachrichten.

Bekanntmachungen des Vorstandes.

Nachfolgenden Zahlstellen wird hierdurch antragsgemäß die Genehmigung zur Erhebung eines wöchentlichen Vorkalbeitrages erteilt, wonach der Gesamtbeitrag in diesen Zahlstellen ab 1. Februar beträgt in Bonn 80 Pf., Neustrelitz 65 Pf., Soltan 65 Pf.

Mit dem Erscheinen dieser Zeitungsnummer ist der 4. Wochenbeitrag für das Jahr 1912 fällig geworden.

Die Sektionen der Stellmacher machen wir auf das baldige Erscheinen der Broschüre: „Die Lage der Stellmacher Verhandlungen der Stellmacherkonferenz in Berlin am 26. und 27. November 1911“ hierdurch aufmerksam. Die Broschüre wird an Verbandsmitglieder zum Vorzugspreise von 10 Pf. pro Exemplar abgegeben. Wir bitten Bestellungen baldigst an unsere Verlagsanstalt einzusenden.

Das Protokoll über die Konferenz der Maschinenarbeiter, Schneidmüller und Säger erscheint unter dem Titel: „Unfallgefahren und Unfallschutz in der Holzindustrie“. Die Broschüre hat folgenden Inhalt: Die Maschinenarbeiter in der Holzindustrie (Ein Wort von W. Kahser). Die Unfallgefahren an den Holzbearbeitungsmaschinen (Referat von Herrn Jaed-Verlin). Die Forderungen der Maschinenarbeiter, Säger usw. an die Berufsvereinigungen, an die Gewerbeinspektion und an die Gesetzgebung (Referat von Anton Matth-München). Das Rechtsstreitverfahren in der Unfallversicherung und die Unfallrentenfestsetzung (Referat von Arbeitersekretär Dolleschel-München). Verhandlungsprotokoll der Konferenz in München vom 12. bis 14. November 1911. — Auch diese Broschüre wird trotz der teuren Herstellungskosten an Verbandsmitglieder zum Vorzugspreise von 10 Pf. pro Exemplar abgegeben. Wir ersuchen insbesondere die Sektionen der Maschinenarbeiter, Schneidmüller und Säger, für eine umfangreiche Verbreitung der Schrift unter den Branchenkollegen einzutreten und Bestellungen durch die Zahlstellenverwaltungen an die Verlagsanstalt einzusenden.

Nachstehend verzeichnete Mitgliedsbücher sind als verloren gemeldet und werden hiermit für ungültig erklärt:

- 45970 Robert Naumann, Tischler, geb. 21. 1. 78 zu Guxten.
- 192088 Karl Hubber, Tischler, geb. 27. 10. 85 zu Weindorf.
- 194052 Hermann Jenor, Stellmacher, geb. 6. 7. 82 zu Mosel.
- 206050 Paul Mengel, Stellmacher, geb. 6. 3. 86 zu Moisdorf.
- 411162 Karl Müller, Tischler, geb. 14. 7. 82 zu Stuttgart.
- 413449 Rudolf Jellisch, Weizer, geb. 2. 8. 83 zu Breslau.
- 439724 Heinz Noltemann, Hilfsarb., geb. 8. 8. 85 zu Herford.
- 485008 Cornelius Kreisel, Tischler, geb. 20. 11. 87 zu Arnheim (Holland).
- 486001 Jakob Zimmermann, Tischl., geb. 20. 8. 62 zu Mainz.
- 488296 Wilhelm Niemer, Tischler, geb. 28. 9. 75 zu Ostrow.
- 495919 Heinrich Nikolaus, Tischl., geb. 8. 12. 86 zu Weistheim.
- 514230 G. Pauline, Tischler, geb. 23. 4. 77 zu Calma.
- 515708 Gustav Haberer, Tischler, geb. 5. 5. 74 zu Gulin.
- 569290 Wilh. Lenert, Tischl., geb. 22. 11. 90 zu Gerbersdorf.
- 570868 Bruno Hoffmann, Tischl., geb. 21. 2. 93 zu Gatersdorf.
- 578314 Gottlob Eichhorn, Tischl., geb. 4. 12. 94 zu Wildenstein.
- 597845 Hermann Mangels, Tischler, geb. 24. 1. 98 zu Gruppenbühren.
- 599115 Franz Vide, Tischler, geb. 5. 3. 91 zu Lüdinghausen.

Berlin C. 2, Neue Friedrichstr. 2.
Der Verbandsvorstand.

Korrespondenzen.

Düsseldorf. (Parkettleger.) Unsere Sektion hat sich in mehreren Versammlungen mit dem Arbeitsnachweis beschäftigt. In letzter Zeit sind wiederholt Arbeitskräfte von außerhalb angenommen worden, während ein Teil der Ortsansässigen ohne Arbeit war. Es hat den Anschein, als ob die Unternehmer Parkettleger, welche auf Einhaltung der tariflichen Preise Wert legen, systematisch von der Zuteilung von Arbeit ausschließen. Diese Annahme ist darin begründet, daß der abgeschlossene Tarif seitens der Unternehmer in verschiedenen Fällen eine willkürliche Auslegung erfährt. Verhandlungen, welche dieserhalb mit den Unternehmern geführt wurden, haben noch kein positives Ergebnis gezeitigt. Wir ersuchen deshalb unsere Kollegen allerorts, die Beschlüsse betreffs der Arbeitsvermittlung zu beachten und nur durch den Arbeitsnachweis, Wallstr. 10, im Bureau, Arbeitskräfte zu verlangen und offene Stellen stets dort zu melden.

Hamburg. In Hamburg und Umgegend herrscht seit Wochen eine erhebliche Arbeitslosigkeit, die uns veranlaßt, reisefähigen Kollegen von der Zuwanderung nach Hamburg abzuraten. Die Begleitermeinungen des vorjährigen 33wöchigen Kampfes machen sich erst jetzt in recht eindringlicher Weise bemerkbar. Die auswärtige Konkurrenz der Hamburger Holzindustriellen hat es verstanden, einen ansehnlichen Posten größerer Aufträge, wie Hotel-, Kaufhäuser- und Cafe-Einrichtungen, während der Kampfeszeit für sich zu erobern, und die Hamburger Tischlermeister stehen heute in großer Anzahl vor leeren Betrieben. — Hamburg ist seit jeder das Reiseziel unserer nach dem Norden wandernden Kollegen gewesen, teils der Wissenschaft halber, die alte Handelsmetropole an der Elb-

mündung kennen zu lernen, zum anderen der verhältnismäßig günstigen Arbeitsverhältnisse wegen. Nach Beendigung des vorjährigen Kampfes fehlte auch sofort wieder ein lebhafter Zuzug ein, obwohl sich noch Hunderte verheirateter Kollegen, welche während des Kampfes den Ort verlassen hatten, außerhalb Hamburgs aufhielten. Hinzu kam noch, daß sich die lieben „Arbeitswilligen“ in großer Anzahl in der gastlichen Stätte Harmonias häuslich eingerichtet hatten, und daß die Arbeitgeber nach dem für ihre Organisation unangenehm empfundenen Friedensschluss mit allen erdenklichen Mitteln Vergeltung zu üben suchten an unseren Kollegen. Die zum größten Teil minderwertigen Arbeitswilligen wurden in den Betrieben gehalten, um nur nicht die Verbandsgesellen in größerer Anzahl einstellen zu müssen. Nach den vertraglichen Abmachungen darf die Einstellung von Arbeitskräften nur durch den paritätischen Arbeitsnachweis erfolgen, wiederholt machen jedoch einzelne Arbeitgeber den Versuch, diese Vertragsbestimmungen zu umgehen, und es bedarf der steten Wachsamkeit unserer Kollegen, diese vertragsbrüchigen Unternehmern an ihre Pflichten zu erinnern. Zuzelt melden sich im paritätischen Arbeitsnachweis täglich circa 750 Arbeitslose. Das ist eine erschreckend hohe Ziffer, wenn man in Betracht zieht, daß eine große Anzahl dieser arbeitslosen Kollegen am vorjährigen 33wöchigen Kampf recht erheblich wirtschaftlich benachteiligt wurden. Kein Wunder, wenn jetzt einzelne Herren Arbeitgeber glauben, auf die vertragliche Vereinbarung pfeifen zu können; es kann ihnen ja nichts geschehen angeichts der großen Notferwarmer, welche jetzt täglich den paritätischen Arbeitsnachweis bevölkert. Die Schußverbandsleitung erklärt sich machtlos ihren widerspenstigen Mitgliedern gegenüber, so daß sich die Arbeitervertreter der Schlichtungskommission veranlaßt sehen, die vertragsbrüchigen Unternehmer auf die in Aussicht stehenden Konsequenzen aufmerksam zu machen, selbst wenn es dann der Schußverbandsleitung nicht angenehm sein sollte. Auch in Hamburg steigt die Sonne bald wieder am Horizont. An unseren Kollegen im Lande liegt es nun, den in Hamburg zurzeit bestehenden, auf die Dauer unhaltbaren Zustand, nicht dadurch zu verschlimmern, daß sie in großen Scharen nach Hamburg und Umgebung reisen. Wenn erst wieder geordnete Verhältnisse Platz gegriffen haben, werden auch unsere zuwandernden Kollegen hier wieder eine gastliche Stätte finden, die um so angenehmer sein wird, je mehr wir in der Zeit der großen Arbeitslosigkeit in stande sind, die nach Opferreichem, heikeln Dingen erworbenen Positionen zu verteidigen und zu erhalten.

Heidenheim. Am 14. Januar fand unsere Generalversammlung statt, welche sich eines guten Besuches der Kollegen erfreute. Aus dem Tätigkeitsberichte des Bevollmächtigten, Kollegen Henje, war zu ersehen, daß das verfloßene Geschäftsjahr ein arbeits- und erfolgreiches war. Es brachte allein 58 Neuaufnahmen. Für die im Sägewerk Georg Ziegler beschäftigten Kollegen wurde ein Tarifvertrag auf vier Jahre vereinbart. In demselben wurde u. a. die Arbeitszeit im Winter auf 9 Stunden und im Sommer auf 9 1/2 Stunden pro Tag festgesetzt, sowie eine Lohnerhöhung von 9 Pf. für Maschinenarbeiter und 7 Pf. für Hilfsarbeiter während der Vertragsdauer erteilt. An den Kollegen liegt es nun, darüber zu wachen, daß dieser Vertrag nicht durchbrochen wird. Im vergangenen Jahre waren wir gezwungen, wegen Nichterhaltung des Tarifs und Mißregelung unseres Vertrauensmannes bei Herrn Ziegler in eine Abwehrbewegung einzutreten. Trotzdem versucht derselbe immer wieder durch verschiedene Manöver den Tarif zu umgehen. Unser Verkehrslokal mit Herberge wurde in das „Gasthaus zum Lamm“ verlegt, wofür auch die Reiseunterstützung ausgesetzt wird. Unsere Klassenverhältnisse sind als gut zu bezeichnen und wurde beschlossen, ab 1. Juli bei Krankheit, Arbeitslosigkeit und Streiks 2 Mk. pro Woche aus der Vorkasse zu gewähren. Kollegen, der Erfolg des vergangenen Jahres soll einem jeden ein Ansporn sein, unermüdet für Gewinnung neuer Mitglieder zu agitieren. Auch der Besuch unserer Versammlungen muß ein besserer werden; dieselben finden alle vier Wochen, Montags 6 Uhr, nach Geschäftsabschluss statt; die nächste am 5. Februar.

Stittgen. Unsere junge Zahlstelle hat sich in der Mitgliederzahl annehmbar entwickelt. Diese Steigervon 12 am 1. Oktober 1911 auf 24 am Jahresabschluss. Trotzdem gibt es noch der Unorganisierten genug. Diese müssen notwendigerweise noch gewonnen werden, sollen sich die Arbeitsverhältnisse halb bessern. Heute übersteigt der Stundenlohn selten 40 Pf. Dabei arbeiten noch verschiedene Kollegen bei Kost und Logis unter recht ungünstigen Bedingungen. Die Versammlungen sollen künftig der Ort werden, wo allein über Mittel zur Besserung beraten werden soll. Dazu müssen natürlich die Kollegen stets zur Stelle sein.

Lüneburg. Die Firma W. Gröbner hat es sich zur Aufgabe gemacht, in ihren Interaten unseren Kollegen dauernde und lohnende Arbeit zu verschaffen. Daß sogar Lebensstellung verprochen wird, ist nicht selten. In letzter Zeit ist es aber vorgekommen, daß diese Lebensstellung nur die Dauer von vier Wochen erreicht hat. Würden die Kollegen das briefliche Anfragen um Arbeit unterlassen und unserer Anzeige, welche alle zwei Wochen in der „Holzarbeiterzeitung“ erscheint, wonach jeder Kollege verpflichtet ist, unseren Nachweis zu benutzen, mehr Beachtung schenken, so würden sie vor manchen bitteren Erfahrungen bewahrt bleiben. Wer die hiesigen Kollegen dadurch schädigt, daß er ihren Arbeitsnachweis umgeht, muß in Zukunft auch damit rechnen, daß diese ihm jede Unterstützung versagen. Am 30. Januar findet unsere Generalversammlung statt, für die wir den Besuch aller Kollegen erwarten.

Mannheim. (Modell- und Fabrikarbeiter.) In unserer letzten Sektionsversammlung wurde eingehend über die Frage einer Modellfabrik-Konferenz diskutiert. Die Ansicht der hiesigen Kollegen geht einstimmig dahin, daß in diesem Jahre noch eine Konferenz stattfinden solle. Als geeigneter Zeitpunkt zur Abhaltung derselben wird die Zeit von August bis September in Vor-

schlag gebracht, um dadurch den Sektionen und der Zentralkommission Gelegenheit zur Vorberatung und zur Sammlung des notwendigen Materials zu geben. Wenn auf diese Weise in allen Sektionen gearbeitet und das gewonnene Material der Zentralkommission frühzeitig genug zugeführt würde, wäre eine ersprießliche Tätigkeit dieser Kommission auf alle Fälle gesichert. Dadurch könnten dann die Richtlinien geschaffen werden, welche für unseren Beruf so unbedingt notwendig sind. Da seit der letzten Konferenz sich vieles geändert hat und in dieser Zeit sehr wichtige Fragen, welche für uns von hoher Bedeutung sind, zur Sprache kamen, und einer dringenden Lösung bedürfen, macht sich schon eine solche notwendig. An Stoff kann es nicht fehlen. Um eine einheitliche und übersichtliche Zusammenstellung des gesamten hierzu notwendigen Materials zu erzielen, möge die Zentralkommission dasingehende Anweisungen an alle Sektionen ergehen lassen. Dieser wird der Hauptvorstand ersucht, jetzt einmal zu dieser Frage Stellung zu nehmen, und seine Ansicht bekannt zu geben, um einmal Klarheit zu schaffen darüber, auf welche Weise er die ganze Angelegenheit zu lösen gedenkt.

Marienberg (Ergeb.). Die Generalversammlung unserer Zahlstelle erfreute sich eines guten Besuchs. Jahres- und Kassenbericht fanden die volle Billigung der Kollegen. Beschlossen wurde, auch im neuen Jahre die Hausagitation mit Eifer zu betreiben. Die Mitglieder-versemmlungen wurden auf jeweils den letzten Sonntag im Monat festgelegt. Als Bevollmächtigter wurde Kollege Miskauer wiedergewählt.

Delsitz. Wie es überall Meister gibt, die organisierte Arbeiter oder gar einen Tarifvertrag nicht leiden können, so auch der hiesige Tischlermeister M. Dieser Herr ist etwas verbohrt, da er bisher immer unorganisierte Gehilfen beschäftigte. Da nun aber diese eingesehen haben, daß bei Herrn M. keine Reichthümer zu sammeln sind, haben sie das ehrsame Tischlerhandwerk an den Nagel gehängt. Sie haben die Glücke erlernt, weil sie dabei mehr verdienen als bei Herrn M. Die Ironie des Schicksals hat nun Herrn M. plötzlich lauter organisierte Gehilfen beschert. Dem ältesten zahlt jetzt Herr M. einen Stundenlohn von 40 Pf., mit dem Bemerkten, er solle die anderen nichts wissen lassen. Nun gibt es aber unter den Kollegen kein Geheimnis und die jüngeren Kollegen verlangten am letzten Sonnabend für sich den tariflichen Mindestlohn. Die Antwort hierauf bestand in der sofortigen Kündigung desjenigen, der sich zuerst erlaubt hatte, den Lohn zu fordern. Daraus haben auch die anderen Kollegen am Montag die Kündigung eingereicht und wollen es nun Herrn M., der nicht genug über den Verband zitiern kann, überlassen, durch seiner eigenen Hände Arbeit reich zu werden. Wir bitten die Kollegen allerorts, bei etwaigen Arbeitsangeboten nach Delsitz i. V. sich erst bei der Ortsverwaltung zu informieren, da hier noch lange nicht alles Gold ist, was glänzt.

Oberrhein. Am 14. Januar fand unsere Generalversammlung statt. Den Jahres- und Kassenbericht erstattete Kollege Herold. Er konnte erfreulicherweise feststellen, daß wir auch dieses Jahr einen Schritt vorwärts gekommen sind. Die Mitgliederzahl stieg von 544 am Schlusse des Jahres 1910 auf jetzt 747. Dieser Zuwachs ist der Erfolg einer eifrigen Werbearbeit, wurden doch allein neben den regelmäßigen Versammlungen der Zahlstelle 60 Werkstatt-sitzungen und 6 Branchenversammlungen abgehalten. In sieben Fällen mußten hiesige Kollegen in eine Lohnbewegung eintreten, wobei sich leider bei zwei Firmen nicht alle Kollegen als tatkräftig erwiesen. Fünf Bewegungen verliefen erfolgreich. Die Versammlung wählte sodann eine tagelange Delegationskommission und bewilligte 50 Mk. zur Ergänzung der Bibliothek. Leider war der Besuch dieser Versammlung in Anbetracht ihrer Wichtigkeit nicht befriedigend, wenn auch die Zuzuspruchnahme einzelner durch die Wahlarbeiten in der verfloßenen Zeit als Milderungsgrund gelten mag. — Es scheint leider, als ob ein erheblicher Teil der Holzarbeiter des oberen Erzgebirges erst noch empfindlichere Stöße empfangen auf den Wagen bekommen will als bisher. Die Unternehmer betrachten es als ihr selbstverständliches Recht, sich starke Organisationen zu schaffen. Den Arbeitern wollten sie, gestützt auf ihre Geldmacht, das gleiche Recht verweigern und werten Widerstreben mit echt christlichem Sinne 14 Tage vor Weihnachten auf die Straße. Ganz besonders spielt sich in dieser Beziehung die Firma O. M. Meyer, Obere Mühle, heraus. Ein Kollege, der dort die Zeitung besorgt, wurde durch einen Mitarbeiter bei der Firma angeschwärzt und daraufhin gemißhandelt. Ist es nicht betäubend, wenn ein Arbeiter, welcher unter den gleichen elenden Lohnverhältnissen zu leiden hat, sich auf diese Art lieb Kind beim Unternehmer macht? Bei dieser Firma werden die Arbeiter mit 25, 26, 27 und allerhöchstens 32 Pf. pro Stunde abgepreist. In der Schneemühle von Gaage steht es nicht viel besser. Es wird aber auch hier noch anders werden. Die Aufklärung läßt sich nicht dauernd von den Arbeitern fernhalten. Im O. M. Meyer'schen Betriebe, in den Wollschneefabrik Engel u. Co., Reitsche, Reuther in Wummenau u. a. ist genau dasselbe Glend in der Lohnfrage als auch in der Arbeitszeit. Um hier Abhilfe zu schaffen, heißt es Solidarität üben und den kämpfenden Arbeitern nicht in den Rücken fallen. Selbst in der Möbelfabrik Otto Weinhold jun. herrschen keine rosigten Verhältnisse, ganz besonders jetzt in der Winterzeit, wo die Tischler sich in Jagdweste oder Jagdanzug an die Hobelbank stellen müssen, um nicht zu frieren. Die Maschinenarbeiter haben feine Finger, so daß man sich nicht wundern darf, wenn in so kurzen Wintermonaten Unfälle in diesem Betriebe vorgekommen sind. In einem neu errichteten Betrieb sollten bessere Verhältnisse bestehen. Ob die ungenügende Heizung an der Einrichtung der Dampfrohre oder an dem Willen des Unternehmers liegt, lassen wir dahingestellt. Außerdem wird aber auch über die Behandlung seitens des Herrn Albert Weinhold jun. häufig geklagt. So wurde erst jetzt wieder vor dem Gewerbegericht festgestellt, daß er einen Arbeiter aus dem Maschinenfach hinausstieß, weil er einen Mitarbeiter zum Miemenauflegen durch Ziehen statt durch Drücken zur Hilfe holte. Ein Mangel an der Maschinenanlage ist, daß die einzelnen Maschinen keine Ausrückvor-

richtung besitzen. Ein alter Wunsch der Arbeiter auf Stellung von staubfreieren Kleiderchränken ist heute noch unerfüllt. Die Festsetzung der Akkordpreise läßt ebenfalls noch zu wünschen übrig. Diese einzelnen Proben zeigen, daß es für die hiesigen Kollegen noch recht viel zu tun gibt; mögen im neuen Jahre alle an der Besserung mitarbeiten.

Innere Lohnbewegung.

Auf Grund der abgeschlossenen Tarifverträge treten im Monat Februar 1912 nachfolgende Verbesserungen der Arbeitsbedingungen ein:

Bremen: Auf alle bestehenden Löhne der Tischler, Drechsler, Polierer, Maschinenarbeiter und Hilfsarbeiter erfolgt am 15. Februar ein Lohnzuschlag von 2 Pf. pro Stunde. Der Durchschnittslohn für Bauanschläger steigt auf 67 Pf., für Tischler, Drechsler, Polierer und Maschinenarbeiter — sofern letztere zwei Jahre an Holzbearbeitungsmaschinen gearbeitet haben — auf 58 Pf., für Maschinenarbeiter in Spezialfabriken auf 45 Pf., für solche nach sechsmonatiger Beschäftigung auf 48 Pf. und nach einjähriger Beschäftigung auf 52 Pf. — Der Mindestlohn der über 18 Jahre alten Hilfsarbeiter beträgt ab 15. Februar 40 Pf., sofern eine sechsmonatige Tätigkeit vorliegt, nach zwölfmonatiger Tätigkeit beträgt er 42 Pf. pro Stunde. Die Lohn erhöhungen finden auf die bestehenden Akkordtarife sinngemäße Anwendung.

Breslau: Am 15. Februar wird die wöchentliche Arbeitszeit der Maschinenarbeiter von 64 Stunden auf 58 Stunden verkürzt. Der bisher bezahlte Lohn wird beibehalten.

Am gleichen Datum werden die bestehenden Löhne sämtlicher Arbeiter um 2 Pf. pro Stunde aufgebessert. Der Mindestlohn steigt von 44 Pf. auf 46 Pf. Auf die bestehenden Akkordpreise findet die Lohnhöhung sinngemäße Anwendung. Der Abschlagslohn für Akkordarbeiter erhöht sich von 48 Pf. auf 49 Pf. pro Stunde.

Bromberg: Am 15. Februar erfolgt eine Lohnhöhung von 1 Pf. pro Stunde. Der Durchschnittslohn steigt von 48 Pf. auf 49 Pf.

Chemnitz: Die bisher bezahlten Stundenlöhne werden am 15. Februar um 2 Pf. aufgebessert. Der Mindestlohn steigt von 47 Pf. auf 49 Pf. Für Gefellen unter 20 Jahren steigt er von 44 Pf. auf 46 Pf. und für ständige Bauanschläger von 52 Pf. auf 54 Pf. Auf die Akkordpreise findet die Lohnhöhung sinngemäße Anwendung.

Danzig (Firma Theodor Habel): Am 1. Februar steigt der Durchschnittslohn von 47 Pf. auf 49 Pf.

Darmstadt: Die bestehenden Stunden- und Abschlagslöhne erfahren am 12. Februar eine Aufbesserung von 2 Pf. pro Stunde. Diese Lohnhöhung findet bei Akkordarbeit sinngemäße Anwendung. Der Mindestlohn steigt von 50 Pf. auf 52 Pf., für Gehilfen im zweiten Gesellenjahr von 44 Pf. auf 46 Pf. und für Gehilfen im dritten Gesellenjahr von 46 Pf. auf 48 Pf.

Dresden: Auf die bisher bezahlten Stundenlöhne erfolgt am 15. Februar ein Zuschlag von 1 Pf. Dementprechend steigt der Normalstundenlohn für Werkstattgehilfen von 56 Pf. auf 57 Pf., für ständige Bauanschläger von 61 Pf. auf 62 Pf.

Dresden (Bezirk Blauenfelder Grund): Am 15. Februar erhöht sich der Normalstundenlohn von 61 Pf. auf 62 Pf.

Eisenach: Sämtliche Stundenlöhne erfahren am 15. Februar eine Aufbesserung von 1 Pf. Der Mindestlohn steigt von 47 Pf. auf 48 Pf. pro Stunde, der der Gefellen im zweiten Gesellenjahre von 41 Pf. auf 42 Pf. Die Lohnhöhung findet auf Akkordarbeit sinngemäße Anwendung.

Eisenach (Firma Grünbaum u. Meenram): Die Maschinen- und Hilfsarbeiter erhalten am 15. Februar eine Zulage von 1 Pf. pro Stunde.

Elbing: Die bisher bezahlten Stundenlöhne werden am 15. Februar um 1 Pf. aufgebessert. Der Mindestlohn steigt von 37 Pf. auf 38 Pf. Die Akkordpreise erfahren eine Aufbesserung von 2 Proz.

Friedrichshagen a. M.: Am 15. Februar erfolgt eine Lohnhöhung von 2 Pf. pro Stunde. Der Mindestlohn für Arbeiter unter 20 Jahren erhöht sich von 40 Pf. auf 42 Pf., für Arbeiter von 20—24 Jahren von 48 Pf. auf 50 Pf., und für Arbeiter über 24 Jahre von 52 Pf. auf 54 Pf. Die feilherigen Akkordsätze werden dieser Aufbesserung entsprechend erhöht.

Winterthal (Holzwarenfabrik Th. Schüge): Die bisherige wöchentliche Arbeitszeit von 57 Stunden wird am 15. Februar auf 58 Stunden herabgesetzt. Die Maschinen- und Hilfsarbeiter erhalten eine Zulage von 2 Pf. pro Stunde. Der Mindestlohn der Maschinenarbeiter steigt von 34 Pf. auf 36 Pf.

Graubenz: Am 15. Februar wird die Arbeitszeit um eine Stunde pro Woche verkürzt, sie beträgt alsdann 57 Stunden. Alle bisherigen Stundenlöhne werden am gleichen Datum um 1 Pf. aufgebessert. Der Durchschnittslohn steigt von 43 Pf. auf 44 Pf. Sinngemäß dieser Lohnsteigerung wird der Akkordtarif erhöht.

Greifswald: Die 50tündige wöchentliche Arbeitszeit wird am 15. Februar auf 58 Stunden herabgesetzt. Auf die Löhne erfolgt ein Zuschlag von 1 Pf. pro Stunde. Der Mindestlohn steigt von 38 Pf. auf 39 Pf.

Greifswald (Holz- und Baugesellschaft): Ab 15. Februar beträgt die Arbeitszeit 58 Stunden pro Woche. Die bisher bezahlten Stundenlöhne erfahren eine Zulage von 1 Pf.

Großhennau: Die wöchentliche Arbeitszeit wird am 1. Februar um eine Stunde verkürzt; sie beträgt alsdann 56 Stunden. Der Durchschnittslohn steigt von 30 Pf. auf 40 Pf. Auf alle Stundenlöhne erfolgt ein Zuschlag von 1 Pf. Entsprechend der Erhöhung der Stundenlöhne werden die Akkordpreise aufgebessert.

Guben: Am 15. Februar werden die Stundenlöhne um 1 Pf. erhöht. Der Durchschnittslohn steigt von 42 Pf. auf 43 Pf. pro Stunde.

Heidenheim (Firma Biegler, Sägerei): Ab 15. Februar werden die bisherigen Stundenlöhne der Maschinenarbeiter um 2 Pf., die der Hilfsarbeiter um 1 Pf. erhöht. Am gleichen Datum erhöhen sich die Mindestlöhne um 1 Pf. pro Stunde; sie betragen fortan für Arbeiter im Alter von 17—20 Jahren 31 Pf., von 20—28 Jahren 36 Pf., über 28 Jahre 39 Pf. pro Stunde.

Helmstedt (Firma Saalfeld): Die Stundenlöhne sämtlicher Lohnarbeiter werden am 15. Februar um 2 Pf. aufgebessert. Der Mindestlohn steigt von 44 Pf. auf 46 Pf. pro Stunde.

Jena: Sämtliche Stundenlöhne werden am 15. Februar um 1 Pf. erhöht. Der Mindestlohn für Gefellen im dritten Gesellenjahr steigt auf 40 Pf., für die im vierten Gesellenjahr auf 43 Pf. Die Lohn erhöhungen finden sinngemäße Anwendung auf Akkordarbeiten.

Kellheim: Am 15. Februar tritt eine Verkürzung der Arbeitszeit um eine Stunde pro Woche ein; die Arbeitszeit beträgt fortan 56 Stunden in der Woche. Die Stundenlöhne werden um 1 Pf. aufgebessert und die Akkordpreise um 1 bis 2 Proz. erhöht.

Kirchheim u. T. (Firma Gyppe u. Gae): Der Minimalstundenlohn steigt von 30 Pf. auf 40 Pf. Die Stundenlöhne werden um 1 Pf. und die Akkordpreise um 2 Proz. erhöht.

Leipzig (Firma W. Gross, Kunstanstalt): Auf alle zurzeit bestehenden Stundenlöhne erfolgt am 15. Februar ein Zuschlag von 1 Pf.

Lützen (Drechsler, Firma Jasche u. Karzschel): Die wöchentliche Arbeitszeit wird am 11. Februar um eine Stunde reduziert, sie beträgt alsdann 57 Stunden pro Woche. Für die Arbeitszeitverkürzung erfolgt Lohnausgleich.

Lützen: Der Stundenlohn der Tischler, Drechsler und perfekten Maschinenarbeiter wird am 15. Februar um 1 Pf. erhöht.

Magdeburg (Firma Wabell, Polstergefäßfabrik): Auf die bestehenden Löhne erfolgt am 15. Februar ein Zuschlag von 2 Pf.

Marbach (Möbelfabriken): Die bestehenden Stundenlöhne werden am 15. Februar um 1 Pf. und die Akkordpreise um 2 1/2 Proz. erhöht. Der Minimallohn steigt von 30 Pf. auf 40 Pf. pro Stunde.

Neu-Isenburg und Spremlingen: Auf die zurzeit bezahlten Stundenlöhne erfolgt am 15. Februar ein Zuschlag von 2 Pf.

Obernburg: Die gegenwärtigen Stundenlöhne werden am 12. Februar um 1 Pf. aufgebessert. Dementprechend steigt der Durchschnittslohn von 48 Pf. auf 47 Pf. pro Stunde.

Osnabrück: Der bestehende Lohn wird am 15. Februar um 1 Pf. pro Stunde erhöht. Der Durchschnittslohn der Tischler und Maschinenarbeiter steigt von 49 Pf. auf 50 Pf. Auf die Akkordtarife findet die Lohnhöhung sinngemäße Anwendung.

Osnabrück (Kunstwertstätten): Am 2 Pf. pro Stunde werden die zurzeit bezahlten Löhne am 15. Februar aufgebessert. Von 48 Pf. auf 50 Pf. steigt der Durchschnittslohn der Tischler und Maschinenarbeiter.

Posen (Möbelfabrik): Die wöchentliche Arbeitszeit wird am 12. Februar von 58 Stunden auf 57 Stunden reduziert. Die bisher bezahlten Stundenlöhne werden um 2 Pf. erhöht.

Posen (Firma Wendig Söhne): Am 15. Februar wird die Arbeitszeit für Möbelfabrikanten und alle übrigen Arbeiter auf 56 Stunden wöchentlich verkürzt. Der Lohnausfall wird vom Arbeitgeber gemäßen.

Posen (Drechsler): Der Akkordtarif wird am 12. Februar um 2 Proz. erhöht.

Shandau: Am 15. Februar wird der Mindestdurchschnittslohn der Tischler und Maschinenarbeiter von 58 Pf. auf 60 Pf. erhöht. Am gleichen Termin erfahren die Zeitlöhne eine Aufbesserung von 1 Pf. pro Stunde.

Steinhelm a. M. (Firmen Schmidt, Storz u. Palmer, Geiger u. Müller): Der Minimalstundenlohn steigt am 17. Februar von 37 Pf. auf 38 Pf.

Stralsund: Am 15. Februar werden sämtliche Löhne um 1 Pf. pro Stunde erhöht, der Normallohn beträgt alsdann 44 Pf. pro Stunde.

Stuttgart (Möbelfabrik): Die Stundenlöhne werden am 15. Februar um 1 Pf. erhöht. Der Mindestlohn steigt von 48 Pf. auf 49 Pf., und die zurzeit bezahlten Akkordpreise steigen um 2 Proz.

Stuttgart (Firma Schumacher): Auf die zurzeit bezahlten Stundenlöhne erfolgt am 15. Februar ein Zuschlag von 1 Pf., die Akkordpreise werden um 2 Proz. erhöht.

Sümmelnde: Alle bisherigen Stundenlöhne werden am 15. Februar um 1 Pf. erhöht. Dementprechend steigt der Durchschnittslohn von 47 Pf. auf 48 Pf. pro Stunde.

Thalheim, Erzgeb. (Möbelfabrik Hansch): Ab 15. Februar beträgt der Mindestlohn 43 Pf. Die bisher bezahlten Stundenlöhne erfahren eine Zulage von 2 Pf.

Thorn: Auf alle bestehenden Stundenlöhne erfolgt am 15. Februar ein Zuschlag von 1 Pf. Der Durchschnittslohn steigt am gleichen Termin von 46 Pf. auf 47 Pf.

In **Fernsdorf, S.-A.**, haben am 6. Januar die Leitermacher der Firmen F. Louis, Klaus, Friedrich Blömer und Louis Löpel ihren Arbeitgebern Forderungen eingereicht. Die Kollegen verlangen einen garantierten Mindestlohn von 41 Pf., 5 Pf. Lohnhöhung und bei Klaus die Einführung der zehnstündigen Arbeitszeit. Die Herren lehnten jedoch jedes Entgegenkommen ab, so daß am 19. Januar zur Einreichung der Kündigung geschritten werden mußte. Es kommt nun darauf an, daß die Leitermacher, hiesige wie auswärtige, den Herren nicht ins Haus laufen, damit auch diese sich zu Unterhandlungen bereit finden müssen, wie anderorts fortgeschrittene Unternehmer schon längst tun.

In **Münden i. Weist.** dauert die Aussperrung in der **Bigarettfabrik Gebr. Busch** fort. Ein Versuch, mit der Betriebsleitung Verhandlungen anzubahnen, verlief erfolglos. Die Firma scheint aus dem Ausgange der Tabakarbeiterbewegung noch nicht gelernt zu haben, daß man gewerkschaftliche Bestrebungen nicht einfach unterdrücken kann.

In **Treuenbrieken** stehen die **Baumrinnenmacher** nun schon die 14. Woche im Streik, ohne daß sich deshalb wesentliche Veränderungen bemerkbar machen. Die Kollegen sind entschlossen, auch noch länger auszuharren, während die Unternehmer ihrerseits immer noch hoffen, durch ihre Inserate Arbeitskräfte zu erhalten. Bis jetzt war dies Bemühen erfolglos und es wird es auch ferner sein, wenn alle Kollegen auf dem Posten sind.

Aus der Holzindustrie.

Unternehmerrache.

Die diesmaligen Reichstagswahlen haben die Gemüter in außergewöhnlicher Weise erregt. Von allen Parteien wurden außerordentliche Anstrengungen gemacht, ihren Kandidaten zum Siege zu verhelfen. Besondere Wert wird hierbei auf die Beteiligung an den Wahlen am Wahltag selbst gelegt, und von den Rechtsparteien sowohl wie auch von den Liberalen wurden Studenten, junge Kaufleute usw. dringend ersucht, sich den Wahlkomitees zur Verfügung zu stellen. Daß organisierte Arbeiter sich in größerer Zahl und in der Regel unentgeltlich den sozialdemokratischen Wahlkomitees zur Verfügung stellen, ist eine selbstverständliche und von jeder gelobte Einrichtung. Vernünftige Unternehmer haben sich längst damit abgefunden und rechnen damit, daß am Wahltag der Betrieb ganz oder teilweise eingestellt wird.

Es gibt aber auch unvernünftige Unternehmer, die ihrer ohnmächtigen Wut gegen das unaufhaltsame Fortschreiten der Sozialdemokratie durch Kleinliche Nachsahermaßnahmen Ausdruck geben. Solche traurige Selbsten, die aus Mergel über die Niederlage des bürgerlichen Kandidaten ihre Arbeiter maßregeln, gibt es auch in der Holzindustrie. Hierbei wird gewöhnlich die Arbeitsversäumnisse am Wahltag als billiger Vorwand benutzt, um die unbehaglichen Arbeiter aufs Pflaster zu setzen. Ein Fall dieser Art wird uns aus Gera berichtet. Dort hat die Firma Thüringer Möbel-Fabrik, Inhaber Baumsegele u. Co., sämtliche 24 Arbeiter am 18. Januar ausgesperrt, weil sie am 12. Januar gefeiert haben. Die betreffenden Kollegen haben der Betriebsleitung von ihrer Absicht wiederholt Kenntnis gegeben. Daß der Geschäftsgang kein solcher ist, daß dem Betrieb durch die Arbeitsruhe ein wesentlicher Schaden zugefügt wurde, geht daraus hervor, daß in der Fabrik die Arbeit nun für längere Zeit ruht. Die Inhaber der Thüringer Möbel-Fabrik haben also lediglich ihren Nachgefühlen Luft machen wollen.

Noch um einen Grad unständiger ist das Vorgehen der Erzgebirgischen Holzindustrie-Aktiengesellschaft in Sachsen. Diese Firma hat sich nicht mit der Entlassung der Arbeiter begnügt, die ihre Parteipflicht erfüllt haben, sie hat auch gleich eine schwarze Liste an die Stuhlfabrikanten in Sachsen versandt, um zu verhindern, daß die Gemahregelten anderwärts Arbeit erhalten. Das Dokument der Sünde, welches, obwohl es „streng vertraulich“ versandt wurde, doch in unsere Hände geriet, hat folgenden Wortlaut:

Erzgebirgische Holzindustrie-Aktiengesellschaft,
Brand, 18. Januar 1912.
bei Freiberg i. S.

Streng vertraulich.

R. R.

Wir halten es im Interesse unserer Branche für unsere Pflicht, Sie davon in Kenntnis zu setzen, daß wir genötigt waren, am 13. d. M. 13 Stuhlbaue aus unserem Betriebe zu entlassen und uns somit von Elementen zu befreien, die weder ihrem Arbeitgeber noch Kollegen zu Ruh und Frommen dienen.

Nachstehende Zeilen sollen Ihnen Aufklärung über die Sachlage geben:

Am 11. d. M. verlangten in den Nachmittagsstunden 13 Stuhlbaue für den Tag der Wahlwahl-Verzierung von der Arbeit, um der Sozialdemokratie Schlepperdienste leisten zu können. Durch Verlängerung der Mittagszeit gaben wir unserer Arbeiterschaft genügend Gelegenheit, ihrer Wahlpflicht zu genügen und verweigerten daher den verlangten Urlaub mit dem Hinweis, daß wir von unserem Rechte eventuell Gebrauch machen würden, sofern die Arbeit am Wahltag nicht aufgenommen würde. Diese Leute hielten es jedoch für notwendiger, ihre Funktion bei ihrer Gesinnungspartei zu versehen, als sich die Stellung zu erhalten.

Wir möchten Sie nun in Ihrem eigenen Interesse bitten, diesen Leuten, deren Namen wir nachstehend geben, die Arbeit in Ihrem Betriebe zu versagen, da diese Leute im allgemeinen eine hebräische und wühlerische Tätigkeit in unserem Orte seit langer Zeit intensiv betreiben. — Nur wenn Arbeitgeber und Arbeitnehmer Hand in Hand arbeiten, wird ein Wachsen und Gedeihen der Industrie möglich sein, und so geben wir der Hoffnung Ausdruck, daß Sie unserer Bitte entsprechen.

Mit Hochachtung

Erzgebirgische Holzindustrie-Aktiengesellschaft,
Brand bei Freiberg i. S.

Dann folgen feim lächerlich die Namen der Geächteten mit Angabe des Geburtsortes und -Tages.

Außerdem sind beträchtliche Maßregelungen noch an anderen Orten vorgekommen, und es ist bezeichnend, daß dieselben Unternehmer, die mit so rücksichtslosem Terrorismus gegen ihre Arbeiter vorgehen, die lautesten Ausrufe nach Ausnahmegefahren gegen den angeblichen Terrorismus der Gewerkschaften sind. Aber die Herren irren sich in der Wirkung ihrer Maßnahmen. Gerade dieser unehrliche Kampf gegen die Sozialdemokratie hat sehr wesentlich zu deren Wachstum beigetragen. Und so werden sich auch die hier gekennzeichneten Herrschaften erweisen als ein Teil der Kraft, die stets das Böse will und doch das Gute schafft.

Der M-Glabbacher Zitatenad wird vom christlichen Holzarbeiter fleißig in Anspruch genommen. Alle Augenblicke findet man in den Spalten des schwarzen Wätkens einige Proben aus dem Zeitkaffee der M-Glabbacher Subellische. In seiner Nr. 2 bringt es einige

schredliche Enthüllungen, von welchen seiner Meinung nach „die Feder der roten Presse selbstverständlich nicht erfahren dürfen“. Es sind wirklich niederschmetternde Geschehnisse, die der gute Christ ausplaudert. Schauernd erfahren wir, daß nach dem „Gesandnis“ der Genossin Wundt bürgerliche Kapitalisten für das Frankfurter sozialdemokratische Gewerkschaftshaus 600 000 Mk. hergegeben hätten. Einer dieser Herren hätte 6000 Mk. zur Sanierung der „Sozialistischen Monatshefte“ geschenkt. Eine Stuttgarter Großbrauerei habe im Jahre 1910 dem sozialdemokratischen Gewerkschaftshaus 200 000 Mk. geliehen. In zwei anderen Orten hätten Brauereien Anteilsscheine zu einem Druckerunternehmen gezeichnet. Dann haben im Jahre 1908 die Textilarbeiter in Mühlhausen i. Eisf. 60 über 70 Mk. Kosten einer Versammlung von einem Fabrikanten zurückgestellt erhalten. Und schließlich das „Regulator“ hat der „sozialdemokratische“ Metallarbeiterverband von Arbeitgebern der bayerischen Feingoldschläger 70 000 Mk. „geschenkt“ bekommen.

Und all diese schmerzlichen Sünden hätten die freien Gewerkschaftsblätter ihren Lesern verheimlicht, wenn nicht der christliche „Holzarbeiter“ als Sittenwächter gewacht hätte. Es ist doch gut, daß wir ihn haben, so kann er doch jetzt endlich den „Schleier des Geheimnisses“ von jenen Dingen lüften, über welche die Blätter der freien Gewerkschaften sehr schon vor vielen Jahren berichteten. Die Goldschlägergeschichte ist im Jahre 1908 in der damals vom Deutschen Metallarbeiterverband herausgegebenen Zeitung „Der Schläger“ mitgeteilt und auf die Anreizung des „Regulator“ hin in der „Metallarbeiter-Zeitung“ vom 9. Dezember 1911 erneut klargelegt worden. Es hat sich 1907 darum gehandelt, daß die bayerischen Metallgoldfabrikanten zum Zwecke der Preishochhaltung zeitweise die Produktion einschränken und dabei auf Grund ihres Tarifvertrages die Arbeiter für den Entgang von Lohn teilweise entschädigen mußten. Die Verwaltung der Entschädigungsummen unterstand dem gemeinsamen Tarifamt. Während eines Differenzfalles legten die Zahlstellen Nürnberg und Schwabach des Metallarbeiterverbandes die Entschädigungsbeträge aus und erhielten später 10 000 Mk. vom Tarifamt zurück, nachdem die Tarifinstanzen den Anspruch der Arbeiter als zu Recht bestehend anerkannt hatten. Es handelt sich also hier um die Rückzahlung eines von der Gewerkschaft gewährten Vorschusses auf einen tariflichen Lohnanspruch. Ebenso „schlimm“ liegen die anderen „Sündenfälle“. Ob die „Sozialistischen Monatshefte“ von einem Herrn 6000 Mk. geschenkt erhalten haben, wissen wir nicht und das interessiert uns auch nicht. Die „Sozialistischen Monatshefte“ sind ein reines Privatunternehmen, mit welchem die Gewerkschaften gar nichts zu tun haben und wofür die sozialdemokratische Partei jede Verantwortung ausdrücklich abgelehnt hat.

Den schredlichen Vorwurf, daß Gelder für Gewerkschaftshäuser und andere Unternehmungen der Arbeiter von bürgerlichen Kapitalisten entliehen wurden, müssen wir gerührt als richtig anerkennen, wenn wir auch die „enthüllten“ Einzelfälle nicht nachprüfen können. Wir wollen dabei dem christlichen Sherlok Holmes noch ein weiteres Geheimnis anvertrauen, natürlich unter dem Siegel christlicher Verschwiegenheit: Große Gewerkschaften, ja, man munkelt sogar, auch der sozialdemokratische Parteivorstand, haben die Feder sträubt sich, es niederzuschreiben. — dem bürgerlichen Massenkauf Geld geliehen. Sie haben nämlich ihr Vermögen zum Teil in Staatspapieren angelegt. So ähnlich ist auch das Verhältnis der Gewerkschaften zu den bürgerlichen Kapitalisten, die auf Gewerkschaftshäuser hypothekarische Darlehen gegeben haben. In der kapitalistischen Welt ist es leider nicht anders, man muß bei der Errichtung eines Hauses oder eines größeren Geschäftes Geld aufnehmen und es verzinsen. Leute, die so reich sind, daß sie ihr Geld in Hypotheken anlegen, nennt man Kapitalisten. Sie gehören meist dem Bürgertum an, sind also bürgerliche Kapitalisten. Daß auch Gewerkschaftshäuser mit Hypotheken belastet werden müssen, ist zwar sehr unangenehm, aber in unserer Wirtschaftsordnung nicht zu vermeiden. Daraus den Arbeitern einen Vorwurf zu machen, das bringt nur ein christliches Gemüt fertig, dem das Verleumben Lebenszweck ist.

Bei dem Fall der Kostenerstattung für eine Versammlung dürfte es sich — wenn er überhaupt wahr ist — vielleicht um eine bereitete Versammlung handeln. Ist es doch schon öfter vorgekommen, daß z. B. Wirte, welche ihr Lokal im letzten Augenblick zu der veranstalteten Versammlung verweigerten und dadurch vertragsbrüchig würden, nachträglich die aufgewendeten Kosten erstatten mußten.

Solcher Art sind die sorgsam geschützten „Geheimnisse“ der freien Gewerkschaften, die sich das christliche Organ zu „enthüllen“ berufen fühlt. Eigentlich tut es uns und den Raum leid, den wir auf die Besprechung dieser christlichen „Enthüllungen“ verwenden mußten. Aber von Zeit zu Zeit ist es doch notwendig, an der Hand praktischer Beispiele zu zeigen, mit was für — Ehrenmännern wir uns herumzuschlagen müssen.

Gewerkschaftliches.

Die internationale Gewerkschaftsbewegung im Jahre 1910.

Der achte Bericht des internationalen Sekretärs der gewerkschaftlichen Landeszentralen ist seinem Vorgänger sehr schnell gefolgt. Das ist auf einen Beschluß der im August 1911 in Budapest abgehaltenen Konferenz der Vertreter der Landeszentralen zurückzuführen, wonach der Internationale Bericht vor Schluß des auf das Berichtsjahr folgenden Jahres erscheinen soll, ohne Rücksicht darauf, ob die Berichte aller Landeszentralen zur Stelle sind. Diesem Beschluß ist der Sekretär Kollege Legien, nachgekommen. Die deutsche Parteipresse war schon im Laufe des Dezember in der Lage, Auszüge aus dem Bericht zu veröffentlichen, der merkwürdigerweise den Gewerkschaftsblättern erst mehrere Wochen später zugestellt wurde.

So erwünscht ein möglichst frühzeitiges Erscheinen des Berichtes ist, so hat der rechtzeitige Abschluß doch zur Folge, daß die Einzelberichte aus mehreren Ländern fehlen. Es scheint, daß bei manchen gewerkschaftlichen Landeszentralen

das Verständnis für den Wert einer vollkommenen Gewerkschaftsstatistik noch recht schwach entwickelt ist. Der Zweck dieser Jahresberichte ist es, die Gewerkschaften aller Länder fortlaufend über den Stand der internationalen Gewerkschaftsorganisation zu informieren und Anregungen an der Hand der Einzelberichte zum Ausbau der Organisation des eigenen Landes zu geben. Voraussetzung hierfür ist jedoch, daß nicht nur die Berichte aller angeschlossenen Landeszentralen in dem internationalen Bericht zusammengefaßt sind, die Einzelberichte müssen auch so vollständig sein, daß aus ihnen ein Gesamtbild der Gewerkschaftsbewegung gegeben werden kann. In dieser Beziehung läßt jedoch der vorliegende Bericht noch sehr viel zu wünschen übrig.

Das ist ein Mangel, den der Sekretär am allermeisten beklagt. Er weist unter anderem darauf hin, daß sogar in der Zusammenstellung über die Einnahmen und Ausgaben der gewerkschaftlichen Landeszentralen über nicht weniger als sieben von den aufgeführten 19 Landeszentralen keine Angaben gemacht werden können. Der Bericht bemerkt zu diesen Mängeln: „Gewiß, es ist nicht bei den Gewerkschaften in allen Ländern die gleiche Neigung vorhanden, Gewerkschaftsstatistik zu betreiben. Manche Landeszentrale mag dem Zahlenmaterial keine wesentliche Bedeutung beilegen. Die Erfahrung in den Ländern, in welchen der Statistik große Bedeutung beigelegt wird, hat aber gelehrt, daß die statistischen Arbeiten diese Bedeutung verdienen. Sie haben die gewerkschaftlich organisierten Arbeiter darüber belehrt, was ist, und ihnen gezeigt, wo einzusehen ist, Fehlendes zu schaffen, Mangelhaftes zu bessern. Es ist kein Zufall, daß die Gewerkschaften in den Ländern, in welchen die Gewerkschaftsstatistik gepflegt wird, die größere innere Festigkeit aufweisen. Es sind eben die Lehren der Statistik, welche bei der Arbeiterbewegung die erforderliche Erkenntnisweise herbeiführt haben.“ Diese Hinweise sind jedenfalls sehr berechtigt, und wir wollen hoffen, daß sie an den Stellen, die sie angehen, die nötige Beachtung finden.

Die Unvollständigkeit der Tabellen vermindert deren Wert sehr erheblich, und der Umstand, daß sich dort, wo vollständige Tabellen vorliegen, wie zum Beispiel bei der Zahl der Gewerkschaftsmitglieder Additionsfehler einschließen haben, gereicht dem Bericht nicht gerade zum Vorteil. In den in Betracht kommenden Ländern waren im Jahre 1908 9 808 167 Gewerkschaftsmitglieder vorhanden. Diese Zahl stieg im Jahre 1909 auf 9 845 248 und 1910 auf 10 089 430. Hierbei ist allerdings für die Länder, für welche ein Bericht nicht vorlag, die vorjährige Zahl eingestellt worden. Auf die einzelnen Länder verteilen sich die Gewerkschaftsmitglieder folgendermaßen: Deutschland 2 888 144 (1909 = 2 447 578), England 2 847 461 (2 408 746), Vereinigte Staaten 1 710 488 (1 710 488), Frankreich 977 850 (977 850), Italien 788 538 (788 538), Oesterreich 451 232 (455 401), Niederlande 148 850 (145 000), Belgien 188 928 (188 928), Dänemark 128 864 (121 295), Schweden 121 180 (148 640), Schweiz 98 707 (112 613), Ungarn 86 778 (85 266), Norwegen 47 458 (44 228), Spanien 40 984 (40 984), Finnland 24 928 (24 928), Bulgarien 18 758 (18 758), Rumänien 8515 (8515), Serbien 7418 (4402), Kroatien 6805 (4861), Bosnien-Herzegowina 6269 (4470). Hierzu kommen noch nach dem Stande von 1909 Australien mit 280 298 und Argentinien mit 22 457 Mitgliedern.

Die Zahl der der Landeszentrale angeschlossenen Gewerkschaftsmitglieder ist allerdings erheblich kleiner. Ueber die Entwicklung des internationalen Sekretariats unterrichtet folgende Zusammenstellung. Es waren ihm angeschlossen:

1904:	12 Landeszentralen mit 2 888 261 Mitgliedern
1905:	11 „ „ 2 701 458 „
1906:	12 „ „ 3 222 252 „
1907:	15 „ „ 3 076 852 „
1908:	19 „ „ 5 944 262 „
1909:	20 „ „ 6 008 262 „
1910:	19 „ „ 6 212 468 „

Im Jahre 1910 ist aus den angeschlossenen Ländern Bulgarien ausgeschieden. Dort bestehen zwei gewerkschaftliche Landeszentralen. Da die Berichte, dieselben zu vereinigen, fehlergefallen sind, hat die letzte internationale Konferenz beschlossen, für die nächsten zwei Jahre keine der beiden zum internationalen Sekretariat zuzulassen. Der Bericht erwähnt auch den österreichischen Gewerkschaftskonflikt, der sich im letzten Jahre noch verschärft hat. Haben doch die von der Reichsgewerkschaftskommission abgespaltene tschecho-slawischen Gewerkschaften damit begonnen, auch dort, wo die deutschen Gewerkschaften dominierten, nationalistische Gewerkschaften ins Leben zu rufen. Willigt dieser Versuch, so wäre eine weitere Zerspaltung der Gewerkschaften in Oesterreich herbeigeführt.

Dem Berichte des Sekretärs schließt sich das Protokoll der Konferenz der vom 10. bis 12. August in Budapest abgehaltenen Konferenz der Vertreter der gewerkschaftlichen Landeszentralen und die zum Teil sehr interessanten Berichte der Landessekretäre über den Stand der Gewerkschaftsbewegung in den einzelnen Ländern an, auf welche wir jedoch an dieser Stelle nicht näher eingehen können.

Der achte internationale Bericht über die Gewerkschaftsbewegung ist im Verlage der General-Kommission erschienen. Er kostet im Buchhandel 1,20 Mk. pro Exemplar. Gewerkschaftsmitglieder erhalten den Band für 70 Pf., wenn die Bestellung direkt beim Verlage der General-Kommission (S. Mübe, Berlin S.O. 16; Engelauer 15) erfolgt. Zu dem gleichen Preise sind dort auch die ersten sieben internationalen Berichte erhältlich.

Theodor Hümlburg, der Vorsitzende des Bauarbeiterverbandes, ist einem traurigen Geschick verfallen. Er ist unheilbar krank. Seit der Beendigung der großen Bauarbeiterausperrung im Jahre 1910 war er merkwürdiger. Eine Kur in Wiesbaden, der er sich auf Beschluß des Verbandsvorstandes im Februar vorigen Jahres unterzog, brachte keine Besserung. Er machte dann noch eine längere Kur in Egersburg i. Thür. durch und glaubte sich im September vorigen Jahres so weit gebessert, daß er sich der Wahlsagitation im Wahlkreise Dortmund, dessen Ver-

treter er im Reichstage seither war, widmen wollte. Auf Zureden seines Arztes entschloß er sich, noch einen Monat zu bleiben. Dann trat jedoch eine solche Verschlimmerung seines Zustandes ein, daß er auf die Reichstagskandidatur verzichten mußte, und es zweifelhaft wurde, ob er je wieder arbeitsfähig werden würde.

Diese Zweifel haben nun eine traurige Bestätigung gefunden. Der „Grundstein“ bringt folgende Mitteilung über das Befinden Theodor Bömelburgs: „Nach weiteren Gutachten des Direktoriums der Senner Nervenklinik muß eine Gefundung unseres Verbandsvorsitzenden als ausgeschlossen gelten. Eine weitere Behandlung in der Klinik wurde als zwecklos erklärt. Der Verbandsvorstand hat daraufhin in der vorigen Woche den Kollegen Bömelburg nach Hamburg übergeführt und ihn vorläufig in einem Krankenhaus untergebracht. Ob er dort bleiben kann oder welche weiteren Maßnahmen notwendig sind, ist noch nicht zu übersehen.“

Das Gutachten des Geheimrats Vinswanger lautet wie folgt:

„Herr Theodor Bömelburg, Vorsitzender des Deutschen Bauarbeiterverbandes, befindet sich seit dem 8. Oktober 1911 in der Nerveneinrichtung der hiesigen Klinik. Er leidet an einer schweren organischen Erkrankung des Gehirns und Rückenmarkes, die bereits zu dauernden schweren geistigen Störungen geführt hat. Selbst wenn in dem Leiden ein längerer Stillstand (Remission) eintreten sollte, so wird ein dauernder geistiger Defekt bestehen bleiben, welcher Herrn Bömelburg unfähig macht, seine frühere Tätigkeit jemals wieder aufzunehmen.“

Durch das Ausscheiden Bömelburgs aus seiner Tätigkeit erleidet nicht nur der Bauarbeiterverband, sondern die gesamte Gewerkschaftsbewegung einen schweren Verlust. Hat er doch lange Jahre hindurch an hervorragender Stelle für die deutsche Gewerkschaftsbewegung gewirkt und sich große Verdienste um sie erworben. Besonders schmerzlich ist es, ihn körperlich lebend zu wissen, während sein hochfliegender Geist gebrochen und bauernhemmend stumm verfallen ist, aus welchem nur der Tod Erlösung bringen kann.

Die Arbeiterrechts-Beilage des „Correspondenzblatt“. Das „Correspondenzblatt der Generalkommission“ hat den verschiedenen wertvollen Beilagen, die es im Laufe des Jahres bringt, eine „Arbeiterrechts-Beilage“ hinzugefügt, die erstmalig in Nr. 2 des „Correspondenzblatt“ beigelegt ist und nun regelmäßig monatlich erscheinen soll. Das Bedürfnis nach einem Organ für die Praxis des Arbeiterrechts, welches alle einschlägigen Fragen behandelt und insbesondere wichtige Urteile und Urteilsgründe aus den verschiedenen Gebieten des Arbeiterrechts registriert, war schon lange vorhanden. Besonders lebhaft war der Wunsch nach Schaffung eines solchen Organs in den Kreisen der Arbeitersekretäre sowie bei den Arbeitervertretern in der Arbeiterversicherung und der Weitzer in den Gewerbe- und Kaufmannsgerichten. Praktische Gründe sprachen jedoch gegen die Schaffung eines eigenen Organs. Auf Wunsch der vorjährigen Konferenz der Arbeitersekretäre ist nunmehr die vorliegende Arbeiterrechts-Beilage geschaffen worden, welche zunächst in einem Umfang von 8 Seiten erscheint, später jedoch auf 10 Seiten erweitert werden soll.

Das Programm der neuen Beilage wird in dem Einführungsartikel folgendermaßen umschrieben: „Außer den die soziale Versicherung betreffenden Rechtsfragen, einschließlich der auf diesem Gebiet so überaus wichtigen Fragen medizinischer rechtlicher Art, ist in Aussicht genommen, auch die anderen für die Arbeiter wesentlichen und wichtigen Rechtsfragen systematisch zu behandeln. Das gewerbliche Recht, das Koalitionsrecht, das Vereinsrecht, das Strafrecht, das Prozeßrecht sollen zum Gegenstand der Erörterung in einer solchen Weise gemacht werden, daß die in der Arbeiterbewegung tätigen Personen über diese Fragen nach Möglichkeit orientiert werden! Insbesondere soll den zur Auskunftserteilung berufenen Personen in den Arbeitersekretariaten und Verbandsbüros das gewissermaßen zu dem täglichen Bedarf nötige Material geliefert werden. Nicht nur, daß jetzt, mit dem Inkrafttreten der Reicherversicherungsordnung, für die Einführung einer solchen Rechtsbeilage die günstigste Gelegenheit gegeben ist, auch die in letzter Zeit so offen ausgesprochenen Wünsche nach einer Veröffentlichung des Koalitionsrechts lassen es angezeigt erscheinen, dem „Recht“ eine erhöhte Beachtung zu schenken. Auf die Dauer kann die systematische Erörterung des Arbeiterrechts nicht umgangen werden.“ Das „Correspondenzblatt“ hat sich als Mitarbeiter für die Arbeiterrechts-Beilage nicht nur in der Arbeiterrechtspraxis tätige Personen, sondern auch fachverständige Juristen und Juristen gelehrt. Es darf daher erwartet werden, daß es die vielfach vorhandene Lücke erfolgreich ausfüllen wird.

Die „Nachricht für Schneider“, das Organ des Schneiderverbandes, hat eine Auflage von 60.000 Exemplaren erreicht. Die Nr. 2 dieses Jahres ist in 60.200 Exemplaren veräußert worden. Zu Beginn des Jahres 1909 erschien das Blatt in 12.000 Exemplaren, seither ist ein fast ununterbrochener Aufstieg zu konstatieren, in welchem sich auch die Werbestärke der Organisation widerspiegelt.

Zentral-Kranken- und Sterbekasse der Tischler und anderer gewerblicher Arbeiter
(S. 8 in Hamburg)

Berichtigung.
In den ersten Tagen des Januar gingen von einzelnen Verwaltungsstellen Ueberschüsse für das vierte Quartal ein, welche beinahe ausschließlich in die Rubrik „Zinsen“ gerieten und dadurch nicht mit veröffentlicht wurden. Ich wiederhole daher die „Einnahme im Dezember“ und bemerke dabei, daß selbstverständlich die Gesamtsumme der Einnahme dieselbe bleibt. Freiburg i. V., Altona je 1000, Mannheim, München I je 500, Berlin B, Berlin C, Berlin D, Dresden H, Leipzig I, Offenbach I, Volkmarshausen, Weinheim je 400, Hamburg IV, Röhbau, Plagwitz, Madenau, Mendrich, Weimar je 350, Altona II, Altona III, Bitterfeld, Chemnitz, Gevelsberg, Göppingen, Kottbus, Neu-Isenburg, Osterwieck, Thonberg, Weizensee je 300,

Kristel, Lahr, Mintheim, Sindlingen je 250, Augsburg, Baunshuldenweg, Bielefeld, Dessau, Dresden-N., Düsseldorf, Guben, Gießen, Erlangen, Essen, Frankfurt II, Gohlis, Hannover, Orbe, Rall, Rixheim, Vorsch, Mainz, Mühlburg, Oppau, Pleichen, Schw.-Gmünd, Westhofen a. Ruhr je 200, Nordhausen 185, Neustrellitz 180, Eisenburg, Felsbach, Feuerbach, Jagen, Sernsdorf, Homburg, Jserlohn, Kellheim, Lössau, Neuhäusen, Nürtingen, Ravensburg, Rosenheim, Schleißheim, Sletzig, Spandau, Wattershausen je 150, Langendiebach, Mastatz, Wittenberg je 180, Plaue, Rogheim je 120, Rüdelsdorf, Weiertheim, Wittenburg a. S., Bonames, Camberg, Cohnmannsdorf, Gisingen, Hildersheim, Gießen, Gonsenheim, Guben, Hainhausen, Harleshausen, Hildersheim, Lützenwalde, Neuluthheim, Neu-Ulm, Neustadt, Pforzheim, Pöthen, Schöneberg, Schwerte, Stötteritz, Tharandt, Tübingen, Unterharnersbach, Urach, Vach, Waldstetten, Wänzlingen je 100, Wensheim 90, N.-Krobenburg 80, Goldblauer, Rheydt je 75, Gumbinnen, Stadtilm je 60, Saundbach, Rudolstadt je 50, Debschütz 40.

Summe der Ueberschüsse 24 125,- M.
Beiträge von Einzelmitgliedern . . . 8 019,50
Eintrittsgelder von Einzelmitgliedern . 17,40
Zinsen von Kapiteln 8 012,70
Sonstige Einnahmen 1 788,79
Gesamteinnahme 86 058,89 M.

Invalidenfonds.

Für denselben gingen ein in der Zeit vom 1. Juli 1911 bis 16. Januar 1912: Berlin A 125,-, Berlin B 50,-, Berlin C 100,-, Berlin D 210,-, Berlin F 345,-, Berlin G 685,-, Berlin H 100,-, Berlin J 420,-, Nördorf 445,-, Charlottenburg 1481,-, Bonn 845,-, Baunshuldenweg 12,90, Wittenberg 81,05, Breslau 71,80, Biberach 4,70, Vrieh 5,-, Bunsau 18,60, Bruchsal 5,50, Weiertheim 8,70, Altenstadt 14,45, Alsbach 10,-, Chemnitz 6,70, Elm II 50,00, Gola 10,-, Gannstatt 6,-, Donzdorf 6,-, Deutz 120,-, Dillnthal 8,80, Döbeln 5,75, Deuben 2,80, Duisburg 2,80, Elberfeld 100,-, Eppingen 7,-, Eßlingen 16,-, Ehrenseld 20,-, Frankfurt I 45,-, Jülich 25,-, Freiburg i. V. 85,-, Huthen -70,-, Feuerbach 200,-, Friedrichsdorf 5,-, Friedrichsfelde 30,-, Giebichenstein 8,50, Gröningen 10,-, Gera 17,-, Glehen 20,10, Gonsenheim 41,50, Griesheim 3,80, Gohlis 20,-, Sernsdorf 14,80, Gernshausen 2,05, Gornburg 10,-, Gailbach 3,80, Gersdorf 6,10, Rall 88,15, Karlsruhe 100,-, Klein-Schocher 100,-, Konstanz 10,88, Lichtenberg 300,-, Lössau 17,-, Lahr 4,50, Leipzig I 20,-, Ludwigshafen 36,25, Magent 4,74, Mülheim a. Rh. 20,-, Mühlhausen 1,20, Mariendorf 30,-, München I 40,-, Mannheim 18,-

Mühlburg 20,-, Nürnberg 100,-, Neustadt b. O. 11,75, Offenbach II 17,70, Opatz 7,50, Cppersheim 15,-, Offenbach I 70,70, Nornaves 3,20, Neu-Ulm 15,-, Pappes 18,50, Plagwitz 200,-, Pöschappel 35,-, Pfungstadt 18,-, Pleichen 5,-, Neu-Isenburg 28,-, Pirna 10,-, Madenau 1,-, Ravensburg 18,-, Neutlingen 450, Mies 6,20, Eisingen 8,25, Schweinau 5,-, Schneeweide 12,05, Sangerhausen 7,06, Schöneberg 45,-, Ulm 8,-, Urach 5,70, Weimar 7,80, Wesseling 30,-, Wänzlingen 5,-, Witzsburg I 20,-, Haupt-Ezerst 0,90, Stilk-Lübeck -20, Gebauer-Bonhagen -50, Kassenbestand am 1. Juli 6574,58 M., Summa 11 851,10 M.

Unterstützung wurde ausgezahlt im gleichen Zeitraum: In 5 Fällen je 10 M., in 14 Fällen je 15 M., in 27 Fällen je 20 M., in 85 Fällen je 25 M., in 59 Fällen je 30 M., in 80 Fällen je 35 M., in 88 Fällen je 40 M., in einem Falle 55 M., Postkosten 17,06 M., Summa 6007,05 M., Kassenbestand am 16. Januar demnach 5844,11 M.

Allen Gekern besten Dank. Um weitere milde Gaben bittet
H. S. u. d., Hauptkassierer.

Literarisches.

Die nachbenannten Werke können auch durch die Verlaganstalt des Deutschen Solgarbeiterverbandes, Berlin O. 2, Neue Friedrichstr. 1, bezogen werden.

Die Landbevölkerung und die Sozialdemokratie (Heft 11 der sozialdemokratischen Flugblätter). Verlag Buchhandlung Vorwärts Paul Singer & Co. m. b. H., Berlin SW. 68. Preis 10 Pf. Durch alle Buchhandlungen zu beziehen. Die Broschüre ist geeignet, die Landbevölkerung über die Bestrebungen der Sozialdemokratie aufzuklären.

Was will die Sozialdemokratie? Unter diesem Titel hat der Vorstand der deutschen sozialdemokratischen Arbeiterpartei in Oesterreich, einem Beschluß des letzten Parteitagess entsprechend, eine kurzgefaßte Programmbroschüre erscheinen lassen, die jedem neu eintretenden Parteimitglied zur Verfügung gestellt werden soll. Der Preis der im Verlage der Wiener Volksbuchhandlung Ignaz Brand u. Co. erschienenen Broschüre beträgt 10 Heller = 10 Pf.

20 Pf. Taschbüchlein für die gesamte Holzindustrie. Herausgegeben von Alfred Busch in Berlin. Von diesen als Briefe für den Fernunterricht gedachten Heften ist im Februar 1911 das erste im Verlage der Norddeutschen Tischlerfachschule Heide i. Holst. erschienen. Nach dieser langen Unterbrechung liegen jetzt die Hefte 2 bis 4 vor, die im Verlage von H. Soreff in Wittenberg erschienen sind.

Arbeitslosigkeit im 4. Quartal 1911.

Gau	Arbeitslose am 31. Dez. 1911	Arbeitslose am 31. Dez. 1910	Arbeitslose Mitglieder am Orte				Arbeitslose am 31. Dez. 1911	Unterstützung haben erhalten								
			vom vorigen Quartal	Zugang in diesem Quartal	Gesamtzahl	am letzten Tage d. Quart.		Arbeitslose am Orte				Arbeitslose auf der Reise				
								Mitgl.	Tage	Mtl.	Pf.	Mitgl.	Tage	Mtl.	Pf.	
Danzig	40	4034	21	345	366	128	2	181	1907	2774	65	80	175	105	65	—
Stettin	48	8022	17	432	449	161	1	140	1894	2828	63	586	848	754	88	—
Breslau	45	7778	52	598	640	302	6	318	4020	7177	51	408	645	561	42	—
Berlin	94	38000	1894	18824	15218	3176	11	3759	53778	99488	98	1248	2157	1980	86	—
Dresden	58	15885	101	1618	1714	560	17	457	4918	8271	22	789	1108	927	29	—
Leipzig	62	18127	216	1788	1999	415	10	615	7270	12597	90	1111	1548	1820	95	—
Erfurt	77	6052	52	494	554	388	2	284	2809	3809	31	576	765	640	39	—
Magdeburg	87	3921	60	751	811	818	18	479	4068	6850	64	855	1827	1266	90	—
Hamburg	67	18620	199	2745	2944	1005	57	1394	15518	34970	73	2309	3755	3528	54	—
Hannover	46	10821	102	1075	1177	335	22	629	8071	15478	46	1880	2011	1885	82	—
Düsseldorf	60	10587	28	719	747	194	20	806	8275	5641	68	1259	1904	1718	56	—
Frankfurt	62	11029	53	1168	1210	271	14	510	6807	11988	58	1151	1831	1593	91	—
München	51	11940	98	888	981	545	9	418	6181	10111	40	688	1240	1072	54	—
München	48	7096	97	1284	1381	284	5	486	5050	9894	82	785	1441	1806	56	—
Stuttgart	90	11760	24	685	659	399	5	176	2287	3881	14	1076	1888	1745	67	—
Hauptkasse	—	368	—	1	1	—	—	—	—	—	—	—	25	43	37	60

Im 4. Quartal 1911 wurden insgesamt 30 807 Mitglieder als arbeitslos gemeldet gegen 29 124 im vorigen und 32 698 im 4. Quartal 1910. Die Prozentzahl der Arbeitslosen zur jeweiligen Mitgliederzahl betrug im Vergleichsquartal 17,0, im 3. Quartal 16,5 und im 4. Quartal des Vorjahres 20,0 Prozent. Demnach ist die Arbeitslosigkeit im vergangenem Quartal um 0,5 Proz. gestiegen, gegen das 4. Quartal 1910 aber um 3,0 Proz. geringer. Der Prozentsatz der Mitglieder, welche am letzten Tage des Vergleichsquartals noch arbeitslos waren, betrug 4,6; die entsprechenden Ziffern in den erwähnten Vergleichsquartalen sind 1,4 bzw. 6,1 Proz. Von den Gauen hat bezüglich der Arbeitslosenmeldungen der Gau Berlin mit 41,5 Proz. (45,8 im Vorquartal) wiederum die höchsten Ziffern aufzuweisen. Dann folgen: München 18,8 (22,1), Hamburg 15,9 (12,7), Stettin 12,4 (9,8), Magdeburg 11,7 (8,9), Hannover 11,2 (17,0), Dresden 11,1 (8,7), Leipzig 11,0 (11,8), Frankfurt 11,0 (8,1), Danzig 8,9 (2,8), Breslau 8,2 (5,8), Altona 8,2 (4,0), Erfurt 7,9 (3,1), Düsseldorf 7,1 (4,2), Stuttgart 5,6 (1,2). Die Arbeitslosenmeldungen haben demnach in den Gauen Berlin, München, Hannover und Leipzig abgenommen, während in den übrigen Gauen mehr Meldungen zu verzeichnen waren. Die Zahl der Arbeitslosen am Quartalschluß geht in den Gauen Berlin mit 8,7, Hamburg mit 5,4 und Erfurt mit 1,8 Proz. über den Nachdurchschnitt von 4,6 Proz. hinaus. Der Zugang an Arbeitslosen betrug im Vergleichsquartal 28 290, das ist gegenüber dem vorigen ein Mehr von 2624, aber gegenüber dem 4. Quartal 1910 ein Rückgang von 564. Die Zahl der unterstützten Arbeitslosen ist von 12 535 im Vergleichsquartal 1910 auf 10 038 gefallen; erhöhte sich aber gegenüber dem 3. Quartal 1911 um 3509. Auf 100 Arbeitslose entfallen 32,5 Unterstützte gegen 22,4 im vorigen und 38,2 im 4. Quartal 1910. Der Anteil der Unterstützten am Ber.

Gesamtzahl der Arbeitslosen schwankt in den einzelnen Gauen ganz beträchtlich; er beträgt im Gau Magdeburg 59,1, Hannover 53,4, Erfurt 51,2, Danzig 49,4, Breslau 48,0, Hamburg 44,5, Nürnberg 42,8, Frankfurt 41,9, Düsseldorf 40,0, München 32,7, Stettin 31,2, Leipzig 30,8, Stuttgart 29,7, Dresden 28,8 und Berlin 24,7 Proz. Die durchschnittliche Dauer der unterstützten Arbeitslosigkeit betrug 12,7 Tage gegen 11,2 Tage im vorigen und 14,5 im Vergleichsquartal 1910. Der durchschnittliche Betrag der ausbezahlten Unterstützung ist von 20,13 Mtl. im vorigen Quartal auf 23,41 Mtl. gestiegen; im 4. Quartal 1910 betrug der durchschnittliche Unterstützungssatz 28,10 Mtl. Den höchsten Durchschnitt der unterstützten Zeit hat mit 14,7 Tagen der Gau Danzig erreicht; den höchsten Unterstützungssatz dagegen der Gau Berlin mit 26,47 Mtl. Den niedrigsten Durchschnitt der unterstützten Zeit hat der Gau Magdeburg mit 8,6 Tag.; und den niedrigsten Unterstützungssatz der Gau Erfurt mit 11,65 Mtl. aufzuweisen. Die Reiseunterstützung ist gegen das vorige Quartal um 9850,46 Mtl. gefallen, beträgt aber gegenüber dem vierten Quartal 1910 56,24 Mtl. mehr.

Bezüglich der Zahl der auf der Reise unterstützten Mitglieder ist wieder daran zu erinnern, daß es sich bei den Zahlen in der Tabelle in Wirklichkeit nicht um so viele Mitglieder handelt, da die reisenden Mitglieder so oft mehrfach gezählt werden, als sie in mehr als einer Zahlstelle Unterstützung erheben.
Zum Schluß richten wir wieder das Ersuchen an alle Verbandsmitglieder, auch in Zukunft zur Ermöglichung einer vollkommenen Arbeitslosenstatistik dadurch beitragen, daß jeder, ob unterstützungsbevorrechtigt oder nicht, im Falle der Arbeitslosigkeit die sofortige Meldung bei der Sozialverwaltung nicht versäumen möge.
Der Verbandsvorstand.

Anzeigen.

Brandenburg a. S. Der Arbeitsnachweis für Holzarbeiter und verw. Berufsgruppen befindet sich im Verbandsbureau...

Braunschweig. Der Arbeitsnachweis für alle Branchen befindet sich nur im Bureau, Werder 82, II.

Deutsches-Wenddorf. Reisende und Arbeit suchende Kollegen sollen sich vor Annahme von Arbeit...

Heidenheim a. Wenz. Das Verkehrsamt und die Herberge befinden sich bei der Holzfabrik...

Helmstedt. Diejenigen Kollegen, welche hier in Arbeit treten wollen, werden dringend ersucht...

Köln. Kollegen, die hier in Arbeit treten wollen, sollen sich zuvor mit der Holzverwaltung...

Köln. Der Arbeitsnachweis für alle Branchen befindet sich im Holzhaus, Werder 82.

Köln. Die Monatsversammlungen finden jeden dritten Sonnabend im Monat im Restaurant zum Anker statt.

Mannheim. Der Arbeitsnachweis für alle Branchen befindet sich im Bureau, Hauptstr. 18.

Merxhausen. Die Herberge und das Verkehrsamt befinden sich bei Georg Auer, Gasthaus zur Rose...

Mühlhausen. Der Arbeitsnachweis für Tischler, Maschinenarbeiter, Drechsler...

Neuburg. Die Herberge und das Verkehrsamt befinden sich bei Georg Auer, Gasthaus zur Rose...

Neuburg. Der Arbeitsnachweis für alle Branchen befindet sich im Bureau, Hauptstr. 18.

Neuburg. Die Herberge und das Verkehrsamt befinden sich bei Georg Auer, Gasthaus zur Rose...

Neuburg. Der Arbeitsnachweis für alle Branchen befindet sich im Bureau, Hauptstr. 18.

Neuburg. Die Herberge und das Verkehrsamt befinden sich bei Georg Auer, Gasthaus zur Rose...

Neuburg. Der Arbeitsnachweis für alle Branchen befindet sich im Bureau, Hauptstr. 18.

Neuburg. Die Herberge und das Verkehrsamt befinden sich bei Georg Auer, Gasthaus zur Rose...

Neuburg. Der Arbeitsnachweis für alle Branchen befindet sich im Bureau, Hauptstr. 18.

Neuburg. Die Herberge und das Verkehrsamt befinden sich bei Georg Auer, Gasthaus zur Rose...

Neuburg. Der Arbeitsnachweis für alle Branchen befindet sich im Bureau, Hauptstr. 18.

Neuburg. Die Herberge und das Verkehrsamt befinden sich bei Georg Auer, Gasthaus zur Rose...

Neuburg. Der Arbeitsnachweis für alle Branchen befindet sich im Bureau, Hauptstr. 18.

Neuburg. Die Herberge und das Verkehrsamt befinden sich bei Georg Auer, Gasthaus zur Rose...

Neuburg. Der Arbeitsnachweis für alle Branchen befindet sich im Bureau, Hauptstr. 18.

Neuburg. Die Herberge und das Verkehrsamt befinden sich bei Georg Auer, Gasthaus zur Rose...

Zahlstelle Berlin.

Für den paritätischen Arbeitsnachweis wird ein Angestellter gesucht. Derselbe muß über die Lohn- und Arbeitsverhältnisse der Berliner Holzindustrie...

Werber müssen mindestens fünf Jahre dem Deutschen Holzarbeiterverbande...

Ein tüchtiger Tischler, welcher auf bessere furnierte Möbel nach Zeichnung arbeiten kann...

Möbelschleifer mit elektr. Betrieb Schlenker in Thlr.

2-3 erfahrene Tischlergesellen auf Bau und Möbel sofort gesucht.

Per sofort gesucht! Ein tücht. Vauschreiner, welcher die Fräse, Hobelmaschine und Wandfräse...

Ein Möbelschreiner, welcher auf furnierte und polierte Arbeit flott und sauber arbeiten kann.

Emanuel Schmitt, Schreinermeister, Schrodenhäuser (Oberbaber). Tüchtige Büfett-Tischler für dauernde...

Tüchtige Stuhlschreiner gesucht. Woerner & Co., Stuhlwerkfabrik Nürnberg i. Bayern.

2 tüchtige Möbelschleifer für etagenfurnierte Arbeit gesucht.

Karl Busch, Möbelfabrik Grummel bei Lützen.

Werfführer

für die Holzbearbeitungs-Maschinen-Abteilung einer

Möbelfabrik

in Böhmen, intelligent, energisch, in Massenerzeugung erfahren...

Allgemeine Inseraten-Bureau

Prag, Graben Vazar 27.

Polierer

durchaus erfahren, ferner 2 Tischler für furn. Möbelfabrik für dauernd gesucht.

J. S. Carlens, Hensburg.

1 Stuhlmacher für bessere Stühle, 2 Polierer finden sofort dauernde Beschäftigung bei Ch. Zins, Stuhlwerkfabrik Karlsruhe, Sofienstraße 9.

1 Ausarbeiter und 1 Zusammenmacher auf Sprossenstühle sucht Franz Hubenhofer, Stuhlwerkfabrik Brumath, Elsas.

Tüchtiger Weizer u. Polierer für dauernden selbständigen Posten bei hohem Lohn für sofort gesucht.

Kunstmöbelfabrik Treuen.

Zwei tüchtige Stuhlpolierer sucht zum sofortigen Antritt Otto Seifert, Neuhausen, Sachsen.

1-2 solide Stuhlpolierer für sof. gesucht. Peller & Co., Stuhlwerkfabrik Schwallungen a. Werra.

Tüchtige Fertigmacher, Feller, Schleifer und Polierer, in allen drei Arbeiten firm, werden nach Mitteldeutschland verlangt.

Zentralarbeitsnachweis für die Holzindustrie, Berlin SO. 16, Engeluser 14.

Suche für sofort einen tüchtigen Drechsler, welcher nach Zeichnung auf Bau u. Möbel arbeiten kann.

Mehrere tüchtige Hobdrechsler gesucht in dauernde Stellung.

Junger tüchtiger Drechsler zum Montieren gesucht.

Einem tüchtigen Couleurmacher auf Malakkaröhre sucht für sofort.

Per sofort tüchtige Rammacher, Schleifer, Bieger und Polierer für dauernd gesucht.

Frankfurter Rammfabrik Walter u. Hesch Frankfurt a. M., Burgstr. 70/74.

2 Stellmacher auf Karosseriebau, stellt noch ein P. Schmidt, Stellmacherei m. Kraftbetrieb...

2 Kastenmacher auf Karosserie, möglichst verheiratet, sucht für dauernde Arbeit.

Tüchtige Kastenmacher und Kastenheifer bei hohem Lohn für dauernd gesucht.

3 Korbmacher auf großgeschlagene Arbeit.

Korbmacher für dauernd sucht Albert Gregori, Parthau, b. Chy. i. Czog.

Gesucht 2-3 tüchtige Korbmacher auf Pflanzenkörbe bei erhöhtem Lohn.

Jüngeren Korbmacher auf Matt und Gelbslagen stellt sofort ein.

3 tüchtige Korbmacher auf geschichtete und gewürfelte Weiseförbe finden dauernde Beschäftigung bei.

1 Korbmacher im Alter von 25 Jahren, der Geschlagen und etwas Gestellarbeit kann, sofort gesucht.

Korbmacher a. beste Peddigmöbel werden sofort eingestellt.

1 tüchtiger Gehilfe auf Weisgeschlagenes, etwas Rohr, sowie für alle vorkommenden Arbeiten gesucht.

Gestellarbeiter auf Peddigrohrmöbel stellt sofort ein.

Ein Bürstenmacher, in allen Arbeiten tüchtig, gesucht.

Gesucht 2 tüchtige Bürstenmacher, die auf Bechen u. Einziehen gut eingearbeitet sind.

Die Korkfabrik Wornatia Ruppert & Wettermann, Worms a. Rh. sucht sofort einen Würfelstecher bei dauernder Stellung.

Bootsbauerei für Stellmacher oder Tischler geeignet, in Nähe Berlins, krankheitsh. billig veräußert.

Stellmacherei ist sof. zu verp. gehende u. einzulernen oder zu verlauf.

!!! Habelbänke !!! für Tischler 170 190 200 280 cm lang.

Geb. Saate, G. m. b. H., Regau.

Stellmacherei

mit gutem Zinshaus, umständehalber zu sehr günstigen Bedingungen sofort veräußert.

Katalog gratis und franko.



Wills und gut kaufen Sie sämtliche Tischlerwerkzeuge von dem

Spezialhaus Heinrich Genuit Berlin O. 17, Warschauerstr. 41/48.

Alles zur Laubsägerei

Kerbschnitt und Holzbrandmalerei liefert allerbilligst.

Qualitäts-Marken und Kautschuk - Stempel liefert seit 80 Jahren.

J. E. Sahn, Wagdorf 11 (Pfalz). Katalog gratis und franko.

Laubfägerei

Kerbschnitt u. Holzbrand-Verlag, Holzvorlagen usw. in groß. Auswahl billigt.

J. Brendel, Muttendorf 95, Pfalz. Katalog gratis und franko.

Erstklassige Tischler-Fachkurse

Dresden A. 28. Direkt: Gampert u. Leistungsfähigste Ausbildung zum Werkmeister, Techniker, Zeichner usw. in kürzester Zeit.

Programm frei.

Tischler-Fachschule Detmold

gegr. 1893. Städt. Schulgeb. Meister, Werkmeister, Zeichner, Hör- und Zeichensäle, Werkstätten. Programm frei d. d.

Deutsches Technikum

Lehr-Institut für Technische Fern- u. Korrespondenz-Unterricht, Berlin W 50, Kulpbacher Str. 4.

die eigene theoret. Ausbildung für Bau- und Möbeltischler, Tischlermeister, Werkmeister, Werkführer von Tischlereien, Möbelzeichner usw.

Ausführlich. Programm gratis.

Süddeutsche Schreiner-Fachschule

Erstkl. techn. u. kunstgewerblich. Lehranstalt m. Handelskursen. Nürnberg. Größte und anerkannt beste Privatschule der Branche.

Kunstgewerbliche Tischlerlehre

Blankenburg, H. 2. Programm frei. Direktor Reinhold.

Verlagsanstalt des Deutschen Holzarbeiterverbandes.

Werfmeister gesucht. ber auch modelliert, wird von einer größeren Schubleisten- und Holzwarenfabrik...